

Drei Minister-Reden

Über Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit.

In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses ergriff die Regierung das Wort, um sich endlich über die brennendsten wirtschaftlichen Fragen zu äußern. Dem Kern des Problems, der Behebung der Wirtschaftskrise durch eine vernünftige Wirtschaftspolitik, gingen alle drei Vertreter der Regierung aus dem Wege; die drei Minister sprachen zwar sehr viel, sagten aber hiebei herzlich wenig. In der anschließenden Debatte kamen deutsche, und tschechische bürgerliche Redner zu Worte. Unsere Genossen werden erst in der heutigen Sitzung den Standpunkt der Arbeiterschaft zu präzisieren Gelegenheit haben.

mation der Bourgeoisie. Daß diese von einem Oberleutnant Zabo geführte Gruppe „Mstara“ in ihrer Mehrheit aus arbeitslosen Reservierten bestand, die sich in ihrer Not zum Dienst gegen ihre Klasse hingelassen, ist ein trauriges, aber ein bezeichnendes Detail, das den physischen, geistigen und moralischen Tiefstand des österreichischen Bürgerturns beschildert. Die reichsdeutsche Bourgeoisie hat ihre Organisation „C.“, in der Bürgerliche und Studenten dem erbarmen Sandverl des Nordes an Arbeitern und Republikanern wenigstens eigenhändig obliegen; wenn die österreichische Bourgeoisie zu Revolver greift, dann laßt sie sich einen, der's für sie tut.

Dieser Griff zum Revolver ist, wie gesagt, ein Symptom unter vielen. Man kann hierzu die Wiederaufstellung der bourgeoisen Massengewalt über die Arbeiter festsetzen in einen legalen und einen illegalen Teil unterscheiden. Das legale Programm beginnt mit dem systematischen Verfassungsbruch: es ist die fortgesetzte, bewußte Ausschaltung des Parlaments unter dem Vorwand der bürgerlichen Parlamentsmehrheit, die Ersetzung der Gesetzgebung durch die Regierungsgewalt, der Verordnung durch die Verordnungsgewalt. Der parlamentarische Kampf, den die Sozialdemokratie in den letzten Monaten zu führen gezwungen ist, erschöpft sich geradezu in der Abwehr ungefehrlicher Regierungsakte, in der Verteidigung der Rechte des Parlaments gegen Verwaltungsübergriffe und Diktatorien. Aber schon in allen Dingen, die mit der „Sanierung“ der Staatsverwaltung zusammenhängen, welche von der bürgerlichen Regierung nicht allein durch den „Abbau“ der Sozialpolitik und der Kultur, sondern vor allem durch den Hinauswurf von hunderttausend Angestellten und Arbeitern unternommen wird, verknüpft sich die Rechtsfrage der Mitwirkung des Parlaments unmittelbar mit der Machtfrage der Mitwirkung der gewerkschaftlichen Organisationen. Vor dieser Rechtsfrage zu dem triumphalen Gemahnen der Regierung, in einem Lande, wo die Gewerkschaften jeden sechsten Einwohner erfassen, wo die Eisenbahner, die Post- und Telegraphenbediensteten, ja selbst die Wehrmacht und die Polizei ausnahmslos freigewerkschaftlich und zum größten Teil sozialdemokratisch organisiert sind, zu irgend einer Form der Gewaltgewalt gegen die Macht der Arbeiterorganisationen zu gelangen, ist nur ein Schritt und die Einschränkung der demokratischen Befugnisse des Parlaments durch die berühmten Gensler Gesetze beginnt, endet folgerichtig im Dunkel der Nacht, bei dem Mordanschlag der illegalen bürgerlichen Gewaltorganisation.

Zwei Jahre hat das Proletariat diesen Staat nahezu unbeschränkt beherrscht. Da war im Innern des Landes keine Gewalt, die sich der Macht der Arbeiterklasse entgegenstellen konnte. Und in diesen zwei Jahren ist (von der Abwehr einiger weniger kommunistischer Abenteuerer abgesehen) kein Schuß gefallen, kein Tropfen Blut geflossen; in diesen zwei Jahren wurde die Republik Österreich zum demokratischsten Staat des Kontinents. Nun herrscht seit zwei Jahren die Bourgeoisie; und am Ende dieser Zeit steht nicht nur der Abbau der Demokratie, nicht nur der Rückschritt in der Sozialpolitik, sondern inall der Revolver und faul der Gummifüßel. Dieser zeitgemäße Ausdruck der bürgerlichen Kultur hat in den letzten Wochen in Wien geradezu überhand genommen: Galenkreuzer sprengen mit Stinkbomben und Knüttelstichen gegen Frauen, einen Vortrag des bekannten deutschen Sexualforschers Hirschfeld, Galenkreuzer schlagen bei einem Vortrag des Kriegsgenossen Professor Nicolai auf ihre ahnungslosen Signatären ein; der Rektor der Wiener Universität entläßt sich nicht, nach gehorsamer Anfrage bei der katholisch-theologischen Fakultät religionswissenschaftliche Vorträge eines protestantischen Abelschick aus „politischen Gründen“ zu unterlegen. Es ist heute für frömmelnde Männer kaum mehr möglich, in Wien anders als unter dem Schutz der Polizei oder — der Arbeiterschaft zu sprechen.

Wenn das haben die Arbeiterordner, hat die gesamte Arbeiterschaft der Republik nicht erst durch ihren gestrigen Anmarsch bewiesen: daß hier ein Schutz der Republik, der Freiheit und Demokratie, eine Schranke gegen alle Formen der Reaktion. Und das hat die ganze Geschichte der österreichischen Arbeiterklasse bewiesen: daß sich ihr Aufstieg durch Mordattentate, denen sie heute nicht zum ersten Male begegnet, nicht hemmen läßt! Es sind in diesen Tagen gerade zehn Jahre her, daß Franz Schuchmeier, einer der vollständigsten Schalten der österreichischen Arbeiterbewegung, ein wahrer Sohn und Held des Proletariats, durch Mordhand fiel. Und auch seinen letzten Gang haben die Wiener Arbeiter damals zu einer Kundgebung gestaltet, der seine Leiche gleich — bis zur gestrigen. Dennoch hat sich in diesen zehn Jahren der Sinn der Ereignisse gewandelt: jenes war der geliebte Führer, der einer sinnlosen Einzeltat, einer Kampfmethode des Wahnsinns zum Opfer fiel. Das hier war der „unbekannte Soldat“ des Klassenkampfes, den die organisierte Gewalt des Klassengegners, der Taktik einer Kampfstrategie zu Boden streckte. Aber ob der politische Mord als Erzeugnis geschieht in einer Zeit, da das Bürgerturn seiner noch nicht bedarf, da an Stelle des Revolvers noch Bajonette und Paragraphen genügen, um das Proletariat niederzuliegen; oder ob der Mord zum System wird in einer Zeit, da der Bourgeoisie kein anderes Mittel mehr bleibt, um die Arbeiterklasse noch einmal niederzujagen — an der Wende der Opfer, die in seinem Befreiungskampfe fallen mußten, verweist das Proletariat nur, um weiterzuschreiten.

192. Sitzung. Präsident Tomasek eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 45 Minuten nachmittags und stellt dem Hause den neuernannten Finanzminister Abg. Beda vor, der auch bereits seinen Platz auf der Ministerbank einnimmt. Das Haus erledigt sodann ohne Debatte den Bericht der Ausschüsse über die achte internationale parlamentarische Handelskonferenz in Paris und das Gesetz betreffend die Aenderung einiger Bestimmungen über die Zahlung der direkten Steuern für die Slowakei und Karpathenrußland. Hierauf setzt das Haus die Debatte über die dringlichen Wirtschaftsinterpellationen fort.

Minister für soziale Fürsorge Sabran

beantwortet die Dringlichkeitsinterpellationen über die Arbeitslosigkeit. Er führt an, daß die in den Anfragen enthaltenen Forderungen, als ob das Gesetz über die Arbeitslosenunterstützungen nicht genug liberal gehandhabt würde, unbegründet und ungerechtfertigt seien. Er versucht, das durch ein Differenzmaterial und den Hinweis auf die Arbeitslosenunterstützungen anderer Staaten zu beweisen. So könne in der Slowakei die Höhe der Arbeitslosenunterstützung 60, höchstens 70 Prozent des Einkommens erreichen und dürfe höchstens 60 bis 120 Tage ausgezahlt werden. Bei uns betrage die Dauer des Anspruches auf Arbeitslosenunterstützung 6 Monate und könne auf zweieinhalb Jahre ausgedehnt werden. In England wird die Unterstützung höchstens 26 Wochen lang ausgezahlt. Wenn wir also dies mit unseren Zuständen vergleichen, können wir sagen, daß die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung in unserer Republik am liberalsten von ganz Europa gehandhabt werde.

Zeit längerer Zeit hat das Ministerium für soziale Fürsorge in seiner Hinsicht die Zuerkennung von Arbeitslosenunterstützungen an Gewerkschaften oder Bezirke, wie auch an einzelne, eingeschränkt. Ebenso habe es durch die ausgegebenen Erlasse den Kreis der bezugsberechtigten Personen auch auf Ledige ausgedehnt, welche für andere Familienmitglieder, die verdienstunfähig sind, sorgen, ferner für Personen, die älter sind als 60 Jahre und aus dem Arbeitsverhältnis entlassen wurden, auf Personen, die mit häuslichen Arbeiten beschäftigt waren und der Krankenversicherung unterliegen und schließlich auf Personen, welche zwar ein Wohnhaus ihr eigen nennen, aber keinen anderen Verdienst haben.

Der Minister erläuterte sodann, daß der für die Arbeitslosenunterstützung herausgegebene Erlaß der Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung von 10 auf 7 Kronen und von 8 auf 5 Kronen sich bloß auf diejenigen Personen bezieht, welche im Sinne des Arbeitslosenunterstützungsgesetzes Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben und deren Einkommen niedriger war, als die durch das Gesetz festgelegte Unterstützung. Diese Personen haben Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung in der Höhe von zwei Dritteln ihres Einkommens. Auf andere Personen bezieht sich diese Bestimmung nicht.

Ueber den Stand der Arbeitslosigkeit und die Anzahl der Arbeitslosen führt der Minister weitere Zahlen an, die beweisen, daß in den letzten Monaten des Jahres 1922 eine sechs- bis zehnfach größere Anzahl von Arbeitslosen gegenüber dem Jahre 1921 aufzuweisen ist.

Die Arbeitslosigkeit in der Tschechoslowakischen Republik ist in den Wintermonaten 1922 und im ersten Monat des Jahres 1923 bis zur Höhe der Arbeitslosigkeit im Jahre 1919 gestiegen. Im Jänner 1919 betrug die Anzahl der Arbeitslosen 227.158, im Febrer 1919 266.776 und im Dezember 1922 betrug die Anzahl der Arbeitslosen, die bei den öffentlichen Arbeitsvermittlungstellen gemeldet waren, 248.458. In demselben Monat des Jahres 1922 arbeiteten 90.814 Arbeiter weniger als drei Tage in der Woche; über drei Tage, jedoch nicht volle sechs Tage, arbeiteten in der Woche 185.063 Arbeiter.

Die Summe der ausgezahlten Arbeitslosenunterstützungen, die entweder vom Staate direkt, durch Vermittlung der Betriebe indirekt oder durch Zuzahlung auf Notstandsarbeiten geleistet wurden, erreichte im Dezember 1922 eine Höhe von 50 Millionen Kronen. 1922 wurden insgesamt 220.304.892 Kronen gegenüber einer bewilligten Summe von 175.000.000 Kronen verausgabt, also wurden die Ausgaben um 45.304.892 Kronen überschritten. In vier Jahren, vom Jänner 1919 bis zum 31. Dezember 1922 wurden in der Tschechoslowakischen Republik an Arbeitslosenunterstützungen

655.340.837 Kr. ausgezahlt. Im Schluß seiner Rede begrüßt Redner mit Freude die letzten Erscheinungen, die beweisen, daß der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit überschritten ist und daß sich die Tätigkeit in den Fabriken und Betrieben wieder zu entwickeln beginnt. Er schloß: Im Westen zeigt sich eine gute Industriekonjunktur. Es ist der heilige Wunsch unserer aller, daß nichts vernachlässigt werde, was uns auf diesem Wege zur guten Konjunktur aufhalten würde, und daß von allen Faktoren dafür gesorgt würde, daß auch unsere Vertriebsstätten wieder lebendig würden, und daß so in den Kreis unseres arbeitenden Volkes und damit in die gesamte Bevölkerung bessere Zeiten, Wohlfahrt und Zufriedenheit, eintreten.

Ernährungsminister Dr. Frank

schildert den Gang der Verbilligungsaktion. Er gibt an, daß im Jänner und Feber bei Getreide, beim Fleisch, bei den Textilergzeugnissen, bei Leder und Metall die Preise wiederum gesunken sind, dagegen seien die Preise des Fettes, der Eier usw. auch weiterhin gefallen. Der Aufstiege der Preise sei auf das Steigen der Weltmarktpreise, hauptsächlich aber auf die benachteiligten Gerichte über die ungünstige politische Situation und über die Mobilisierung zurückzuführen. Durch diese Gerichte wurde bei vielen das Streben nach einer Konjunkturunterstützung. In der letzten Zeit macht sich am Weltmarkt eine allgemeine aufsteigende Tendenz geltend, wodurch teilweise der Einfluß des Steigens unserer Krone im Ausland paralysiert wird. Der Minister führt sodann an, was die Regierung zur Bekämpfung der Teuerung unternimmt. Es ist die erste Sorge der Regierung, daß das Angebot an Waren der Nachfrage entspricht. Damit dies erreicht werde, ist es nötig, alle Abmachungen zu bekämpfen, welche die freie Konkurrenz ausschließen wollen, so z. B. auch die Preisstabelle. Die Regierung müsse ferner dafür sorgen, daß die Wareneinfuhr erleichtert werde und daß die Ausfuhr von Waren, die wir nicht in genügender Maße besitzen, verhindert werde. Der Minister erwähnt weiter die Herabsetzung einiger Lebensmittelpreise auf den Eisenbahnen und kündigt die Herabsetzung der Posttarife für den 1. Mai an. Die Preisfallaktionen werden ununterbrochen überprüft und wo es nötig ist, breitet das Ministerium begu. das Budget ein. Im Jahre 1922 hat das Budgetamt 28.000 Anzeigen erstattet. Der Minister erwähnt die Aktionen für die Ermäßigungen der Spiritus-, Bier- und Jandholzpreise. Auch zum Fuhrpreis werde die Regierung nach durchgeführter Überprüfung der Kalkulation Stellung nehmen. Auf die Anfrage des Abg. Dietl konstatiert der Minister, daß er keine Bewilligung zur Erhöhung der Zuckerpriese nicht gab und nicht geben konnte, schon deswegen nicht, weil sich der Zuckerhandel, wie bekannt, vollkommen frei bewegt und das Zuckerartell die Preise vollkommen autonom festsetzt. Der Ministerrat habe beschlossen, sämtliche Verbilligungsaktionen in den Beratungen der Minister der Wirtschaftskrisis zu konzentrieren. Für die nächste Zeit habe die Regierung folgendes Programm: 1. Weitere Herabsetzung der Eisenbahnverkehrspreise. 2. Maßnahmen gegen die Teuerung in der Textilindustrie. 3. Maßnahmen gegen die Teuerung in der Lederindustrie. 4. Maßnahmen gegen die Teuerung in der Holzindustrie. 5. Errichtung von Kühl- und Gefrierhäusern, in erster Reihe in Prag. 6. Herabsetzung der Preise, Apotheker, Notar- und Advokatarife. 7. Novellierung des Wuchergesetzes. In Karpathenrußland wurden bisher 200 Tomen Gerste verteilt. Die Verteilung von Aukuruz wird vorbereitet. Zum Schluß erinnert der Minister daran, daß eine größere Aktion zur Freisetzung der Kinder der Arbeitslosen durchgeführt wird.

Minister für öffentliche Arbeiten Erba

erläutert in einer ausführlichen Rede das Investitionsprogramm der Regierung, um dessen Durchführung das Arbeitsministerium mit größter Energie bemüht sei. Was Wohnbauten anbelange, so wurden bisher 205 Gebäude für 323.437.000 Kronen angeführt. In Vorbereitung sind noch 87 Gebäude für 201.559.000 Kronen. Auch Wasserbauten wurden vorgenommen, weil diese eine große Bedeutung bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit haben, da bei ihnen sehr viel ungelern Arbeiter beschäftigt werden. Bisher wurden solche Bauten im Werte von 57.412.000 K ausgeführt, weitere für 51.700.000 Kronen sind in Vorbereitung. Außerdem werden Aufregulierungen vorgenommen. Auf dem Gebiet der Wohnungsfürsorge wurden im Ministerium für öffentliche Arbeiten vom Antritt der neuen Regierung bis zum 1. Jänner 1923 Gesuche um Erbauung von 1737 Häusern mit 3.771 Wohnungen in einem Gesamtaufwand von 303.297.000 Kronen überreicht. Vom 1. Jänner bis zum 1. Feber 1923 wurden in der Republik weiter Gesuche um Erbauung von 754 Häusern mit 1287 Wohnungen mit einem Gesamtaufwand von 108.115.153 Kronen überreicht. Auf Straßbauten wurden 22.512.000 Kronen verwendet. Subventionen für Privatbauten wurden im ganzen in einem Betrage von 34.275.000 Kronen überreicht. Brückenbauten wur-

den im Werte von 15.912.000 Kronen vorgenommen. Was elektrotechnische und maschinelle Bauten, die mit den Bauten von Elektrizitätswerken zusammenhängen, anbelangt, so hat das Ministerium für öffentliche Arbeiten in der letzten Zeit Bauten für 120.000.000 Kronen vergeben. Für den Ausbau von Flugplätzen wurden 6 Millionen Kronen verwendet.

Was Kohle, Holz und Eisen anbelangt, so hat das Ministerium für öffentliche Arbeiten es als eine Pflicht angesehen, den Absatz zu heben. Die Regierung hat einen großen Druck ausgeübt zur Ermäßigung der Kohlenpreise. Soweit es in der Macht der Regierung lag, auf administrativem Wege die Kohlenabgabe zu regeln, so geschah auch dies. Nach vor der generellen Herabsetzung der Kohlenpreise wurde die Kohlenabgabe dadurch herabgesetzt, daß sie nicht vom amtlich festgesetzten Preis eingehoben wird, sondern vom tatsächlich gezahlten. Heute ist die abgeführte Kohlenabgabe für das Brüg-Teplitz-Komolauer Braunkohlenrevier auf 24 Prozent herabgesetzt, für das Karlobader Braunkohlenrevier auf 20 Prozent, für Steinkohle großer Gruben auf 18 und für Steinkohle kleiner Gruben auf 15 Prozent. Die Vertreter der Industrie beantragen auch, eine Kohlenpreiserhöhung durch Erlaubnis der Einfuhr billiger fremdländischer Kohle zu erreichen. Hier habe das Ministerium bereits Maßnahmen hinsichtlich der Einfuhr ober- und unterirdischer Kohle getroffen, doch müsse auf den heimischen Bergbau Rücksicht genommen werden. Zu einer weiteren Herabsetzung der Kohlenpreise werde auch die Regelung der Eisenbahntarife beitragen. In dieser Hinsicht habe das Eisenbahnministerium Tarifierleichterungen für Kohle gewährt. Es ist sicher, daß die Regierung die Kohlenabgabe dort, wo sie der vollen Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte im Wege ist, beseitigen oder herabsetzen werde. Aber es ist nötig, zu sagen, daß hier viel künstliches Geschrei vorliegt und daß die Kohle beim Preise mancher Fertigprodukte eine so unbedeutende Rolle spielt, daß sie hinsichtlich der Konkurrenzfähigkeit überhaupt nicht in die Waage fällt. Der Minister erläutert sodann ausführlich den Bau neuer Eisenbahnen. Wohnhöfe, zweiter Geleise und Eisenbahnwerkstätten.

Zum Schluß erklärt der Minister, daß deutlich zu sehen sei, daß die Regierung mit aller Kraft bestrebt sei, unter bedeutenden Opfern der Wirtschaftskrise entgegenzutreten und man könne ohne Ueberreibung behaupten, daß es wenige Staaten gebe, wo in dieser Hinsicht auch nur annähernd so viel geleistet werde, wie bei uns. Aber wie man nicht unterschätzen soll, was der Staat leistet, dürfe man dies auch nicht überschätzen. Wenn wir alle drei Milliarden unseres Investitionsbudgets verbauten, würden noch nicht einmal 240 Kronen auf den Kopf eines Bewohners dieser Republik fallen. Dieser Betrag ist der beste Maßstab des Reichtums des Staates. Der Kern des Arbeitslosenproblems liegt also in der Gesamtbildung des wirtschaftlichen Lebens. Die erste Voraussetzung für die rasche Durchführung aller Investitionsarbeiten ist die Versorgung der Geldmittel.

Abg. Mark (d. Christof.) erwidert die Ursachen der heutigen Krise in der Berechnung anderer Wirtschaftskrisen, wodurch unzulässige Verkehrserschwerungen geschaffen werden. Das Streben der neuen Staaten nach möglicher Selbständigkeit führe zu einer übertriebenen Sperr der Grenzen.

Abg. Fischer Josef (Ob. d. Landw.) hält von den Forderungen, welche die Regierung in den heutigen Erklärungen der Minister gegeben hat, nicht viel, weil das vor einem halben Jahre ihr gegebene Versprechen ebenfalls nicht eingehalten worden ist.

Abg. Kostla (d. dem. Krp.) beklagt sich, daß die Reden der Minister keinen Aufschluß geben über den Stand unserer Industrie. Die Krise hat sich im Jänner ein wenig abgeschwächt, besonders in jenen Gruppen, welche durch die Besetzung des Ruhrgebietes beeinflusst werden, doch wird schon wieder in der Baumwollindustrie eine Abnahme in der Konjunktur gemeldet. Redner fürchtet, daß wir nach der Handelskrise in eine furchtbare Finanzkrise hineinkommen werden. Kleinliche Maßnahmen werden dem wirtschaftlichen Chaos nicht steuern, es müssen große Wirtschaftskrisen geschaffen werden, und der Gedanke bei den Mehrheitsparteien fuß lassen, daß unsere politischen Entanten mit unseren wirtschaftlichen in unheilbarem Widerspruch stehen.

Nach dem Abg. Juriga (slow. Volksp.) und dem Abg. Veran (tsch. Agr.) spricht Abg. Simm (d. Nat. Sez.) der erklärt, der Urgrund unserer desolaten Nachkriegsverhältnisse sei in der Art des Friedensbeginnes gelegen. Seine Partei habe diesen Urgrund von allem Anfang an bekämpft. Demgegenüber mache aber die Regierung eine Handelspolitik, die ausschließlich weislich orientiert ist. Da Abg. Simm Poincaré einen Tschechoslowaker nannte, erklärte Dr. Erban, daß er es nicht zulassen könne, daß er Beleidigungen von Staatsmännern befreundeter Mächte dulde, und rief den Redner zur Ordnung, was auf den Banken der Deutschbürgerlichen Partei und Zwischenrufe weckt.

Abg. Kraus (d. Nat.) bespricht eingehend die Krise der nordböhmischen Glasindustrie, in welcher letzterer die Arbeitslosigkeit katastrophal geworden ist, weil diese Industrie mit 90 Prozent eine Exportindustrie ist.

Nachdem noch Abg. Bergmann (tsch. Nat.) dem Wunsche, alle Bevölkerungsschichten mögen sich Raskins Vermächtnis „Arbeiten und Sparen“, zu Herzen nehmen, vorgetragen hatte, wurde die Sitzung um 1/4 Uhr abends geschlossen.

Inland.

Das Schutgesetz — „fertig.“

Der verfassungsrechtliche Ausschuss trat gestern früh zu einer Sitzung zusammen. Da das Subkomitee, das zur Beratung und Billigung der Abänderungs- und Ergänzungsanträge zum Schutgesetz eingesetzt wurde, mit seiner Arbeit nicht fertig war, wurden einige andere Gesetzesanträge verhandelt. Um 11 Uhr vormittags leitete der Vorsitzende Abg. Eruba mit, daß die Subkommission ihre Arbeiten bereits beendet habe, sodas der verfassungsrechtliche Ausschuss sich nach Ende der Hausung noch mit dem Bericht der Subkommission befassen werde.

In der zweiten Sitzung setzte der verfassungsrechtliche Ausschuss die Verhandlung des Schutgesetzes fort. Berichterstatter Abg. Medvecky erstattet Bericht über die Anträge und die schließlichen Abänderungen, die das Subkomitee vorgenommen hat. Das ganze Gesetz wurde sodann verhandelt und die einzelnen Paragraphen angenommen. Als Berichterstatter für das Plenum des Hauses wurde Abg. Dr. Medvecky festgesetzt. Weiter wurde eine Resolution des Abg. Bartosch angenommen, in der die Regierung aufgefordert wird, dem Hause ein Gesetz vorzulegen, durch welches der Verlust der Bezüge und Würden, die mit einer Verurteilung zusammenhängen, einheitlich geregelt werde. Der Vorsitzende Abg. Dr. Eruba zeigte weiter an, daß er die Gesetzesvorlage über den Staatsgerichtshof dem Abg. Dr. Matoušek zur Berichterstattung zugewiesen hat.

In der gestrigen Sitzung des Präsidiums des Abgeordnetenhauses wurden zunächst die Dispositionen für die gestrige Sitzung getroffen. Es wurde beschlossen, die Debatte über die Wirtschaftskrise in einer am Mittwoch um 2 Uhr nachmittags beginnenden Sitzung fortzuführen. Eine eine halbe Stunde vorher stattfindende Präsidialsession wird hierzu die nötigen Dispositionen, sowie auch insbesondere die über die Verhandlung des Schutgesetzes, treffen. Der Präsident wurde beauftragt, sich beim Vorsitzenden des verfassungsrechtlichen Ausschusses zu informieren, wie weit die Verhandlungen im verfassungsrechtlichen Ausschuss gediehen sind.

Die gestrige formale Senatsitzung. Der Senat trat gestern zu einer kurzen Vollversammlung, um einige kleinere Vorlagen, die das Abgeordnetenhaus bereits passierten, zu verabschieden. Nachdem dem Haus die Veränderung in der Stellvertretung des Ministerpräsidenten angezeigt wurde, und Präsident Prajsek den neuen Finanzminister Beska vorgeschlagen hatte, erstattete der Referent des Budgetausschusses Dr. Karas den Bericht über die Regierungsvorlage bezüglich der bisher geltenden Militärabgabe. Der Antrag der Militärs sei gegenwärtig so gering, daß er eigentlich für den Staat ein Plussumme bilde. Um das Erträgnis zu steigern, müßte die Regierung eine Erhöhung der Abgabe beantragen, was jedoch ihrem Programm zuwiderliefe, das im Gegenteil die Herabsetzung der öffentlichen Abgaben folgerichtig anstrebt. Diesen Ausführungen schloß sich auch der Berichterstatter des Wehrausschusses Kousa an, worauf die Vorlage in erster Lesung angenommen wurde. Ueber das tschechisch-deutsche Abkommen bezüglich der Verlegung der Kriegesgefangenen im künftigen Kreis berichtete Senator Jilek. Diese Vorlage, ebenso das tschechisch-österreichische Abkommen wegen der gegenseitigen Anerkennung der Kontrollbezeichnungen von Wertpapieren gelangten zur Annahme. Das Haus sollte dann in die Debatte über die dringlichen Interpellationen des Genossen Riehnauer bezüglich der Anwerbung von Streikbrechern für das Ruhrgebiet, ferner über die auswärtige politische Situation eintreten. Die Oppositionsparteien machten es sich jedoch bequemer, sie ersparten sich eine für sie unangenehme Aussprache und lehnten die Beratung kurzweg ab. Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege eintreten.

Der verfassungsrechtliche Ausschuss des Senats hält heute Mittwoch um 10 Uhr eine Sitzung ab. Neue Regelung des Sprachunterrichts an Mittelschulen. Nach einer Mitteilung tschechischer Blätter wird ein Gesetz über den obligatorischen Unterricht der Staatsprache an den Mittelschulen der nationalen Minoritäten und resp. bezüglich des Unterrichts der Minoritätensprache an tschechisch-wollischen Schulen vorbereitet. Die Anregung zu diesem Gesetze kam aus deutschen und tschechischen, politischen und fachmännischen Kreisen. Die Vorlage wird für die Nationalversammlung bereits im März vorbereitet sein, für die vollständige Geltendmachung des Prinzips werden aber bestimmte Erfahrungen gesammelt werden müssen.

Die Krise des „Česté Slovo“. Der Exekutivauschuss der tschechischen Nationalsozialisten hielt Montag abends eine Sitzung ab, in der besonders über die Angelegenheiten der Redaktion des „Česté Slovo“ und über die Kündigungen beraten wurde, die teils den Redakteuren gegeben teils von diesen selbst eingebracht worden sind. Der Exekutivauschuss beschloß ein Komunique, das im gestrigen „Česté Slovo“ veröffentlicht wurde und in dem es heißt: Der Exekutivauschuss der tschechischen nationalsozialistischen Partei stellt im Hinblick auf den Vertrag mit der Druckerei „Melantrich“ fest, daß die Aufnahme und Kündigung von Mitgliedern der Redaktion in den Wirkungsbereich des Verwaltungsrates der Druckerei „Melantrich“ falle. Bezüglich der Richtung und Tendenz des Blattes betrachtet es der Exekutivauschuss als notwendig, daß das Blatt der Partei eine feste Richtlinie habe, sowohl im

Die Kompagniegesellschaft zur Ausbeutung des Ruhrgebietes.

Ausbeutung der Gruben durch die meistbietenden Unternehmer.

Berlin, 27. Febr. (Eigenbericht.) Ueber das französische Angebot an die englischen Kapitalisten, das Ruhrgebiet gemeinsam auszubenten, wird noch bekannt, daß die englisch-französische Gesellschaft mit einem Kapital von 60 Millionen Pfund arbeiten soll. Das Rheinland soll vorher zu einem selbständigen Staat gemacht werden. Die französische Regierung hat sich mit dem Plane einverstanden erklärt und ist bereit Garantien für das Unternehmen zu bieten, auch wenn die Beizung des Ruhrgebietes nicht dauernd sein sollte. Ein gewisser Prozentsatz des Ertrages soll der französischen Regierung überwiesen werden. Die eng-

lischen Kapitalisten haben die französischen Unternehmer aufgefordert, ein schriftliches Programm anzuarbeiten; ist dieses fertiggestellt, dann wollen sie selbst die Verhältnisse im Ruhrgebiet prüfen. Die französische Regierung trägt sich daneben mit dem Plane, die Ausbeutung der Kohlengruben an die meistbietenden Unternehmer zu vergeben. Man verteilt also das Feld schon, bevor der Bär erlegt ist. Die Arbeiter im Ruhrgebiet werden da auch noch ein Wort mitreden. Sie werden nicht dulden, daß man den deutschen Kapitalisten die Gruben nur deshalb nimmt, um sie den französischen zur Ausbeutung zu übergeben.

Die Abgabe der deutschen Arbeiter an die Belegungsgewinnler.

Der außerordentliche Bezirkskongress des Bezirksverbandes Berlin der V. S. R. D. nahm am Sonntag nach einem Referat des Parteivorstehenden Otto Wels über die politische Lage folgende Resolution an:

„Der Parteitag befundet den Arbeitern, Angestellten und Beamten des Ruhrreviers, die im Abwehrkampf gegen den brutalen Angriff des französischen Imperialismus stehen, seine unverbrüchliche Solidarität. Er fordert von der Regierung, daß sie die Entlohnung und Ernährung der Arbeiterschaft sichert, der wucherischen Ausbeutung des Volkes mit den neuerdings verhängten gefängnisrechtlichen Mitteln entgegentritt und überhaupt alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen ergreift, die geeignet sind, die Führung des Kampfes zu erleichtern. Er verlangt, daß der Steuerdrucker der Beizenden unter allen Umständen ein Ende gemacht wird.“

Er fordert weiter, daß jede sich bietende Gelegenheit ergriffen wird, um mit den Reparationsgläubigern Deutschlands zu einem gerechten Ausgleich zu kommen, der die künftigen Gebiete von der Geißel des Militarismus befreit und der ausgeplünderten Arbeiterschaft wieder ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht.

Der Parteitag erklärt, daß die deutsche Arbeiterschaft den Imperialismus und Militarismus nicht nur Frankreichs, sondern jeden Landes zu bekämpfen entschlossen ist. Die deutsche Arbeiterschaft bildet keine Einheitsfront mit jenen reaktionären Elementen, die den französischen Vorkriegs dazu benutzen wollen, um ihre Herrschaft in Deutschland auszuüben und jetzt wie früher den Gedanken der gewaltsamen Auseinandersetzung anstelle der Verständigungspolitik zur Richtschnur ihres Handelns machen.

Diese Politik führt notwendig zur Zerstümmung des Reiches; sie würde Deutschland aller Sympathien in der Welt berauben und in die Isolierung zurückbringen, in der es sich so lange befunden hat. In der Abwehr des gewalttätigen Einbruchs in das Ruhrgebiet, der Europa in neue Unruhen gestürzt hat, den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs und Belgiens weiter hinauschiebt, wolle die deutsche Arbeiterschaft sich eins mit der sozialistischen Arbeiterschaft der ganzen Welt.“

Die Rheinlandskommission entläßt deutsche Beamte.

Paris, 26. Febr. (Savas.) Die internationalisierte Rheinlandskommission in Koblenz hat unter dem Vorhinein des französischen Oberkommissars Tirard beschlossen, eine Deklaration zu erlassen, nach der jeder bisher ausgewiesene und künftig auszuweisende deutsche Beamte mit seiner Ausweisung auch gleichzeitig rechtskräftig entlassen sein soll.

Ausweisung einer Abgeordneten.

Berlin, 27. Febr. (Eigenbericht.) Aus Lauch wurde von den Belgieren die Landtagsabgeordnete Genossin Schoepfen mit ihrem Gatten und ihrem unmündigen Kind ausgewiesen. Sie ist die erste parlamentarische Persönlichkeit, die man ausweist.

sozialistischen als auch im nationalen Sinne mit Rücksicht auf die weitere Entwicklung der Partei und unserer demokratischen Republik“. Durch diese Entscheidung des Exekutivauschusses ist die Kündigung fast der gesamten Redaktion des „Česté Slovo“ als endgültig anzusehen, da sie durch die Druckerei „Melantrich“ erfolgt ist. Dieser Beschluß bedeutet jedoch auch, daß im Exekutivauschuss die Rechte der Partei, also der nationalsozialistische Flügel, die Oberhand gewonnen hat, und daß somit in der Redaktion des „Česté Slovo“ die jüngeren, sozialistisch fühlenden Elemente jenen älteren Führern der Partei weichen müssen, deren politische Anschauungen sich heute in nichts von denen der Reaktionäre und Faschisten unterscheiden.

Änderungen an der Vorlage des Gesetzes zum Schutze der Republik. Nach einer Meldung der „Tribuna“ hat der verfassungsrechtliche Ausschuss folgende Änderungen an der Gesetzesvorlage zum Schutze der Republik beschlossen: Der Paragraph zwölf, der über Beschimpfung, Be-

Eine Spende der englischen Gewerkschaften.

London, 26. Febr. (Welf.) Der allgemeine Rat des Gewerkschaftsbundes hat beschlossen, der deutschen Gewerkschaftsbewegung die Summe von 500 Pfund Sterling für ihren Kampf gegen die Verflachung der Arbeiter im Ruhrgebiete zu überweisen. Der Rat hat ferner beschlossen, einen Aufruf an die ausgefallenen Organisationen wegen finanzieller Unterstützung der Ruhrarbeiter zu richten. Gemeinsam mit dem Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes soll dafür geteigt werden, daß diese Gelder ausschließlich den deutschen Arbeiter zugute kommen.

Zum Raub der Reichsbankgelder.

Berlin, 27. Febr. (Eigenbericht.) Im Haushaltsausschuss des Reichstags erstattete der Finanzminister Bericht über den Raub der Reichsbankgelder und Notenscheines. Auf eine Beschwerde hin haben die Franzosen die 1080 Druckplatten präpariert und vorbereitet, weitere Geldtransporte nicht zu behindern.

Der „neue Traum von 1813“.

Berlin, 27. Febr. Das Berliner Tageblatt berichtet über eine Versammlung der deutschösterreichischen Freiheitspartei, in welcher gestern abends der Reichstagsabgeordnete Henning u. a. erklärte, die Belegung des Ruhrgebietes sei eine vom internationalen Judentum inspirierte Aktion. Frankreich werde keine Belegung sicher forscher, aber dann werde Deutschland seinen neuen Traum von 1813 verwirklichen. Als neue Maß auf diesen nächsten Schritt, sagte er. Auf einen Zwischenruf: „Das können wir uns denken, Heimkrieger!“, entstand ein riesiger Tumult und der Vorsitzende schrie: „Alles in Ordnung!“ Darauf drang eine Anzahl junger Leute gegen die starke Kommunistengruppe vor und mit durch 30 Schuttpolizisten, die sich weigerten die Gegner drängen, wurden blutige Auseinandersetzungen verhindert. Der Redner erging sich dann weiter in antisemitischen Redereien, wobei es wiederholt zu Tumulten kam. Es sprach auch ein Kommunist, bei dessen Rede es zu Handreichlichkeiten kam. Ein Vertreter der Hitlerbewegung in München sprach sich dahin aus, daß die Volksturnbewegung in Berlin wäre ein solches Vorgehen der Kommunisten nicht möglich. Nach Schluß der Versammlung wurden Beschlüsse auf das Reich und den deutschen Kaiser laut.

Gegen die Ariansagitation in der Reichswehr.

Berlin, 27. Febr. (Eigenbericht.) Bei der Beratung des Reichswehrvertrags in der heutigen Reichstagssession griff Genosse Künzler die Reichswehr wegen ihrer Ariansagitation heftig an. Der Reichswehrminister erklärte daraufhin, daß die Reichswehr ihrem angewiesenen sei, nun ihre verfassungsrechtlichen Pflichten zu erfüllen und mit Selbstüberwindung nicht zusammenzubrechen. Nach dieser Erklärung genehmigten unsere Genossen das Etat. Sie werden aber auch in Zukunft darauf achten, daß der Minister sein Versprechen hält.

drohung oder Verpötnung des Präsidenten der Republik handelt, wurde im Wortlaut dahin abgeändert, daß zwei Personen als Zeugen für eine Anklage wegen einer Beschimpfung, Beleidigung oder Verpötnung des Präsidenten notwendig sind. Weiters wurde im Paragraphen vierzehn der Satz: „Der gegen den Staat aufgeführt“ dahin geändert: „Der gegen den Staat zu seinem eigenen Vorteil aufgeführt“. Schließlich wurde die Einstellungsbedingung gewisser periodischer Druckschriften und im Paragraphen 20 jene Bestimmung geändert, die über den Beginn der Friedenszeit nach einer Demobilisierung handelt.

Konstituierung der Bräber-Partei. Wie wir erfahren, dürfte in den Osterfeiertagen in Preußen der konstituierende Parteitag der bisherigen oppositionellen Gruppe in der Glinda-Partei, die unter Führung des Abg. Fraue steht, stattfinden. Wie verlautet, werden in diese Partei auch Dieura und Srobar, dieser wegen seines Gegensatzes zum Minister Podza, eintreten.

Amerikale Kriegsbeute.

München, 27. Febr. Der Vorsitzende der Amerikanen bayrischen Volkspartei Geheimrat Held, hielt vor einer Vertreterversammlung seiner Partei eine Rede, in der er sagte, daß sich Deutschland zum Zwecke der Defensivemilitärisch organisieren müsse, um sich im äußersten Notfall seiner Haut zu wehren. Weder sei man innerpolitisch wegen der Sozialdemokratie noch nicht so weit. Wenn in Berlin eine sozialdemokratisch beeinflusste Regierung käme, dann würden Bayern und Süddeutschland ihren eigenen Weg gehen, um vom Süden ein neues Deutschland zu schaffen. Die Regierung Cuno müsse sich überlegen, ob sie nicht an das Volk appellieren soll. Das deutsche Volk müßte sich unbedingt wieder eine neue Wehrmacht schaffen.

Der französische Moratoriumsvorschlag.

In der Berliner Wochenschrift „Die Weltbühne“ veröffentlicht der Direktor des Reichsanlagesamtes Berlin-Schöneberg, A. Rucznicki, eine Darstellung der finanziellen Forderungen Frankreichs bei Beginn der Reparation, der wir folgende interessante Stellen entnehmen:

Am 22. Jänner — elf Tage nach dem Einmarsch ins Ruhrgebiet — hat die französische Regierung der Reparationskommission die Bewilligung eines zweijährigen Moratoriums an Deutschland vorgeschlagen. Die Kommission hat den französischen Plan vorläufig zurückgestellt. Deshalb, und weil er als durch die Ereignisse überholt galt, hat er in der breiten Öffentlichkeit wenig Beachtung gefunden. Am veröffentlicht der Druckschriftleiter für Außenpolitik am „Courrier“, Lemercier, in der „Deutsch-französischen Wirtschaftskorrespondenz“ einen Artikel, in dem er erklärt, dieser Vorschlag sei und bleibe der Vorschlag der französischen Regierung. „Frankreich hat seine Bedingungen bekanntgegeben. Wann wird Deutschland antworten?“ Was Frankreich im Wesentlichen fordert, ist dies:

Die deutsche Industrie soll der deutschen Regierung eine Anzahl von drei Milliarden Goldmark gemahnen und dafür Reichsanleihe erhalten. Von den drei Milliarden Goldmark fließen 500 Millionen in einen Fonds zur Stabilisierung der Mark. Der Rest geht an die Reparationskommission, die 1000 Millionen an die Entente-mächte verteilt und 1500 Millionen zur Bezahlung deutscher Zahlleistungen verwendet. Anders ausgedrückt: Deutschland soll wie bisher alle Reparationen durchzuführen, die Kosten für die internationalisierten Kommissionen, die Bezahlungsbüro und das Ausgleichsverfahren zahlen und außerdem in jedem Jahre 1923 und 1924 in Gold oder Devisen den Betrag von 500 Millionen Goldmark und in Zahlleistungen den Gegenwert von 750 Millionen Goldmark leisten. Die Mittel für diese Verzins- und Zahlleistungen sollen dem Reich von der deutschen Industrie geliehen werden, die darüber hinaus dem Reich noch 500 Millionen zur Stabilisierung der Mark leihen soll.

Es liegt auf der Hand, daß dieser Vorschlag für die deutsche Schwerindustrie „unmachbar“ ist, denn damit würde ja ihr Interesse mit dem Interesse des Reiches aufs engste verknüpft, da ihre Anleihe vom Reich nur dann verzinst werden könnte, wenn das Reich dazu finanziell in der Lage wäre. Das Desinteressement der Schwerindustrie am Reich würde mit einem Schloge befristigt, ja sie müßte, um nicht selbst Schaden zu leiden — wovon sie durch christliche und päpstliche Zahlung der Steuern — an der Aufrechterhaltung des Gleichgewichts von Einnahmen und Ausgaben im Reichshaushalt mitarbeiten.

Wird so der Grundgedanke des französischen Planes der Schwerindustriellen höchst unwillkommen sein, so werden gewisse Einzelheiten sie sehr sympathisch berühren, zum Beispiel: die Forderung der Staatsbergwerke, gewisser Monopole insbesondere an private Koncessionäre. Die französische Regierung fordert diese Entschärfung als Mittel zur Befriedung der Reichsfinanzen und erweist sich hier als eine gelehrige Schülerin des Reichsverbandes der deutschen Industrie. Zweifellos würden auch einflußreiche Mitglieder der deutschen Regierung sehr bereit sein, diese Forderung zu erfüllen. Umso stärker wäre der berechtigte Widerstand aller deutschen Deutschen, die des Allgemeinwohl über das Interesse der Industrie-magnaten stellen. Aber ganz verkehrt wäre es, den französischen Plan wegen solcher Einzelheiten, die mit dem grundsätzlichen Grundgedanken nicht in tun haben, für inakzeptabel zu erklären. Er ist diskutabel, weil er nicht wesentlich über das hinausgeht, was Deutschland leisten kann. Enthält er Einzelheiten, die unmachbar sind — und ich rechne dazu in erster Reihe die Reichsbank der Reichsbank —, so müßten wir die Gegenmaßnahmen machen, die für den ersten Schritt, die Gründung der Reichsfinanzen, weit förderlicher sein können. Und wie würden dann um eine Erhöhung reicher sein. Es wird sich nämlich zeigen, die Entschärfung der Reichsbank liegt den Deutschen Vorkriegs- und Vorkriegs weniger am Herzen als den Financiers und Silberbaronen.

Die deutsche Regierung ignoriert jetzt den Vorschlag Poincarés, so wie die kaiserliche Regierung seinerzeit die 14 Punkte Wilsons ignoriert hat, und die deutschen Staatsmänner werden wieder sehr überfordert sein, wenn die Geener nach dem Zusammenbruch der deutschen Widerstandskraft mehr fordern als vorher.

Telegramme.

Tschschisch: Arbeiter nach Frankreich.

Wien, 27. Febr. (Zsh. B.) Auf Intervention von kompetenter tschechoslowakischer Seite verpflichteten sich die maßgebenden Kreise der österreichischen Verwaltung, daß sie die ungehinderte Durchreise des Transportes tschechoslowakischer Arbeiter auf der Strecke Linz—Jusbrunn an die Schweizerische Grenze durchsetzen werden. Von österreichischer Seite wurde in dieser Richtung mit den Wiener Gewerkschaftsorganisationen der Eisenbahnangelegenheiten verhandelt, welche sich verpflichteten, den Transport durch ihre Vertrauensmänner begleiten zu lassen, damit die Durchreise auf keinen Widerstand stoße. Im Sinne dieser Abmachung traf heute vormittags 11 Uhr der Transport aus Linz in Salzburg ein. Hier stiegen die Vertrauensmänner ein und der Zug soll gegen Mitternacht in Jusbrunn sein, von wo er nach Intervention der Vertrauensmänner an die Schweizerische Grenze weitergeführt werden soll.

(Es handelt sich hier selbstverständlich keineswegs um einen Streikbrecher-Transport ins Ruhrgebiet, sondern um tschechoslowakische Arbeiter, die zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Nordfrankreich benötigt werden. Es ist erwiesen, daß diese Aktion eingeleitet wurde, ehe noch der Einmarsch der Franzosen ins Ruhrgebiet erfolgte. Die österreichische Regierung und die Wiener Gewerkschaften haben darum keinen Grund, die Durchreise der tschechischen Arbeiter zu verhindern. D. Red.)

Die ungarisch-tschechische Grenze.

Genf, 26. Febr. In Ausführung des Beschlusses des Völkerbundesrates vom 31. Jänner 1. J. tagt hier gegenwärtig ein aus Ungarn, Tschechoslowaken sowie je einem englischen und italienischen Mitgliede der Grenzforschungskommission bestehender Ausschuss, um Material für den Schiedspruch über die ungarisch-tschechoslowakische Grenze zu sammeln.

Halentkrenzlerische Gaspatronenhelden.

Berlin, 27. Febr. (Eigener Bericht.) In Starnberg in Bayern wurden gestern bei einer Versammlung, in der die Genossen Loebe und Crispian sprachen, ein 24-jähriger Student und ein Gehilfe verhaftet, weil sie Gaspatronen bei sich führten. Sie haben an, daß sie die Redner (sie erwarteten auch Breitscheit) einmündlich auszufragen wollten. Die chemische Untersuchung ergab, daß die Patronen genügt hätten, um erhebliche Brandwunden herbeizuführen.

Killinger freigesprochen.

Leipzig, 27. Febr. (Wolff.) Das Reichsgericht hat heute die Freisprechung des Kapitänleutnants von Killinger bestätigt. Killinger war seinerzeit angeklagt worden, die flüchtigen Mörder Erzbergers, den Kaufmann Schulz und den Oberleutnant zur See a. D. Tiffelen durch Beihilfe zur Flucht begünstigt zu haben.

Eine Rede Lord Curzons.

London, 27. Febr. (Davas.) Lord Curzon hielt bei einem zu seinen Ehren gegebenen Banquet eine Rede. Er befaßte sich unter anderem mit der auswärtigen Situation und erklärte, er wolle nichts sagen, was die Schwereigkeiten Frankreich und Belgiens vergrößern könnte, denn man müsse ständig im Gedächtnisse behalten, daß bis vor kurzem alle Aktionen gemeinsam bei völligem Einverständnis durchgeführt worden seien und dürfe nicht vergessen, daß die Deutschen unsere gemeinsamen Feinde gewesen wären. Ich halte dafür, sagte Lord Curzon, daß wir umichtig gehandelt haben, indem wir unsere Abteilungen im Rheingebiete beliehen. Man muß sich den Einfluß vergegenwärtigen, welchen sie dort ausüben und außerdem auch, daß wir an der Lösung des Problems mehr als irgend ein anderer Staat interessiert sind und weil unsere Unversehrtheit am Rhein alle Mächte wünschen, welche an der Sache interessiert sind. Lord Curzon befaßte sich dann auch mit dem Reparationsproblem, welches er als eine internationale Frage ansieht, an welcher England ein gleiches Interesse habe.

Die Polen-Einfälle in litauisches Gebiet.

Warschau, 27. Febr. Der „Gazeta Poranna“ zufolge ist die Konferenz der polnischen und litauischen Parlamentäre betreffend die Festlegung der Demarkationslinie in der Zone zwischen Polen und Litauen gescheitert. Die litauischen Delegierten haben erklärt, daß die litauische Regierung die sich ergebenden Streitfragen auf dem Wege von direkten Verhandlungen zwischen Litwa und Warschau regeln werde. Wie die „Gazeta Poranna“ weiter meldet, spitzt sich die Lage in den besetzten Gebieten bedrohlich zu. In den Grenzgebieten der neutralen Zone, welche Litauen zugesprochen wurde, verbreitet sich eine aufständische Bewegung der polnischen Bevölkerung. Wie die polnische Telegraphenagentur meldet, werden die polnischen Grenztruppen fortgesetzt von Litauern angegriffen. In der Nacht vom Sonntag auf Montag ereigneten sich solche Überfälle auf zwei Punkten der Abzweigung Drany und Swieniany. Wie die Blätter ferner melden, richtete der litauische Ministerpräsident an den Völkerbund neuerlich eine Note, in welcher er über die angeblichen Einfälle von polnischen Abteilungen auf litauisches Gebiet Beschwerde führt.

Tages-Neuigkeiten.

Proletarische Kunst.

Eine Ausstellung der organisierten Galda-Steinschöner Glasarbeiter.

Reichenberg, 27. Febr. (Eigener Bericht.) Am vergangenen Sonntag wurde im Schützenhaus in Galda die von der organisierten Glasarbeiterchaft des Galda-Steinschöner Gebietes veranstaltete Kunstausstellung eröffnet, die für jedermann vom 25. Febr. bis 5. März in den Vormittags- und Nachmittagsstunden zugänglich ist. Bei der feinen Eröffnungsfeier schiederte der Obmann des Museumsauschusses, Gen. Lichender jun., die Entwicklung des Galdaer Museums, welches den Anstoß zu der Kunstausstellung gab. Hierauf brachte der Arbeitergesangsverein „Vorwärts“ den Chor „Herbststurm“ zum Vortrage. Gen. Neumann, der Vertreter des Zentralverbandes der Glasarbeiter, wies darauf hin, daß in dieser Kunstausstellung eine ungeheure Welle von Arbeit, Idealismus und Kunst steckt, sodas das Ziel der Steinschönerer Genossen, etwas Großes zu schaffen, tatsächlich erfüllt worden ist. Durch diese Kunstausstellung wird das Argument des Bürgertums widerlegt, das da immer sagt, daß die Arbeiter kein Verständnis für Ideal und Kunst besitzen. Die Ausstellung beweist vielmehr das Gegenteil, da hier eine solch große Menge künstlerischen Schaffens zum Ausdruck kommt, wie man sie sonst nirgendwo findet.

Hierauf begann der erste Rundgang. Mehr als 400 Gegenstände sind ausgestellt. Eine Fülle von Schaffensfreude, idealen Kunstverständnisses und vollendeter Technik bietet sich dar; eine große Schar wirklicher Künstler war da am Werke, etwas Erhebendes zu schaffen. Jedes einzelne Stück ist ein Beweis für die liebevolle Aufopferung, mit welcher die Arbeiterchaft dieser Gebiete für die künstlerische Entwicklung der Glasindustrie des Galda-Steinschöner Gebietes arbeitet. Es muß besonders hervorgehoben werden, daß hier nur das Können der Arbeiterchaft zum Ausdruck gebracht wird, so daß sich diese Ausstellung abhebt von ähnlichen Veranstaltungen, die in üblicher Weise von den Unternehmern veranstaltet werden.

Mannequins in Abendroben, Herren im Grad... Wüßt Du wissen, welche Sorgen die Gesellschaft in der Republik hat, so lies die „Prager Presse“: da findest du, Mann der Arbeit, Tag für Tag Erbauendes, das dich begeistert wird. Gestern schrieb „wan“ in der Rubrik „Aus der Gesellschaft“ über die Prager Modenschau, schilderte entzückt die „gemessenen Ganges“ wandelnden „Mannequins in Abendroben“, die „Herren in Grad, Smoking oder Cutaway, langsam, etwas steif, harten Blicks. Die Frauen lächelnd, das Publikum nicht übergehend. Ein schier endloses Vorbeipromenieren. Hin und wieder wird, angezogen eines besonders schönen Kleides oder Huttes, Beifall geflößt, Beifall gemurmelt.“ Man sieht, die Gesellschaft versteht sich zu amüsieren. Es geht ihr einfach herrlich, während die Arbeiter um ein Stück Brot kämpfen und die Arbeitslosen verhungern. Nicht genug damit, daß die gesättigten Bourgeois mit dem Gelde, das andere ihnen erarbeiten mußten, ihr Faulenzen noch öffentlich in große Toiletten kleiden — es jucken sich sogar Menschen, die für Geld dieses Treiben auch noch in der Presse verherben! „wan“ schließt folgendermaßen: „Damen im Publikum notieren Adressen, die Gatten erbleichen. Der Abend wird kostspielige Folgen haben... Der Mensch muß sich kleiden, und zwar lieber besser als schlechter... Denn was als müßiges Spiel erscheint, schafft tausend Arbeitenden Brot. Das begreift schließlich sogar der „Sozialdemokrat“...“

Es ist immerhin anzuerkennen, daß der schamlose „wan“, nachdem wir ihm schon einige Male auf die Finger geklopft, fortsetzen mit dem letzten Rest seines besseren Ich sich gegenüber denjenigen zu verteidigen sucht, die diese Gesellschaft bekämpfen und beseitigen wollen und werden. Wie oder sieht diese Verteidigung aus, die er ja schließlich dazu benötigt, um sich an uns zu reiben? Das „müßige Spiel“ — gemeint ist der Luxus und das Luxusbedürfnis der Besitzklassen — hat ja nur den Endzweck, den Arbeiter Brot zu verschaffen! Mit dieser angelegten Heuchelei, mit dieser Lüge will er „begreiflich“ machen, daß eine kleine Schicht von Zamarotern sich in glänzende Gewänder hüllt, während den Zehntausenden die Hosen vom Leibe fallen? Das sollen wir, das sollen wahre Menschen überhaupt begreifen? Den sorglosen Bourgeoisweibern, die das Arbeiten vom Hörenhagen lernen, soll man es sittlich zugute halten, daß die Herstellung ihrer Abendroben gequälten Näherinnen doch soviel abwirft, daß sie nicht verhungern? Das also, was der Regierungs-„wan“ lobpreist und verteidigt, begreifen wir nicht, im Gegenteil: seine Veröffentlichungen machen uns noch härter im Kampfe gegen diese Gesellschaft. Aber etwas anderes begreifen wir: daß nämlich „wan“, ob er will oder nicht, entzückt sein muß. Denn dafür wird er ja bezahlt. Daß er aber sein Gehirn und seine Gesinnung verkauft, wird er uns wiederum nicht begreiflich machen können. Es ist ein eigenartlicher Zufall, daß ihn gerade die „Mannequins“ so aus sich herausgehen lassen. Das Konversationslexikon definiert den Begriff „Mannequin“, mit dem wir bisher noch nicht ganz vertraut waren also: „Mannequin, ist soviel wie Gliederpuppe; allgemeiner: soviel wie unselbständiger, charakterloser Mensch“.

Zum Rücktrittsgesuch des Direktors Steinberg hat sich bisher das Schulministerium noch nicht geäußert, hingegen gingen in den letzten Tagen

wiederholt Meldungen durch die Blätter, die besagen, daß das Rücktrittsgesuch des Direktors Steinberg vom Unterrichtsministerium werde abgelehnt werden. Gestern meldeten sich nun hierzu auch die „Ceskoslovenska Republika“ und das „Pravo Lidu“ zum Wort, deren Äußerungen in dieser Angelegenheit insofern höhere Bedeutung zukommt, als das eine Blatt ein ausgesprochenes Regierungsorgan ist und das andere dem Unterrichtsministerium nahesteht. Aus den Äußerungen beider Blätter geht hervor, daß das Schulministerium tatsächlich die Absicht hegt, das Rücktrittsgesuch des Direktors Steinberg, das bisher allerdings unerledigt ist, abzulehnen. In beiden Blättern wird die Ansicht zum Ausdruck gebracht, daß Direktor Steinberg zwar von der autonomen Körperschaft der Universität frei gewählt ist, durch die Befestigung der Wahl aber und durch die Übernahme seines Amtes Rechte und Pflichten eines staatlichen Funktionärs übernommen habe. Ein erster Grund für seinen Rücktritt sei bisher nicht vorgebracht worden und der Ausübung seines Lehr- und Rektorates stehe nichts im Wege. Krawalle und Terror einiger antisemitischer Studenten dürfen — so schreibt das „Pravo Lidu“ — kein Argument sein, das selbst den geringsten Einfluß auf die Entscheidung der Regierung in dieser Frage haben könnte.

Neue Praktiken bei den Staatsbahnen. Die Staatsbahndirektion in Königgrätz hat in einigen Fällen deutsch ausgefüllte Schülerausweisarten für Schulkarten mit dem Bemerkten zurückgestellt, daß sie, wenn sie nach Tarifbestimmungen anerkannt und befähigt werden sollen, in der Staatsprache ausgefüllt werden müssen und höchstens mit einer deutschen Uebersetzung an zweiter Stelle versehen werden können. Es ist einfach lächerlich, auf welchem Gebiete schon die Staatsprache als Schuttmittel der deutschen Einwohner des Staates gebraucht wird. Es handelt sich in allen diesen Fällen um Fahrten im rein deutschen Gebiete. Es dürfte wohl zu erwarten sein, daß auf diesen Strecken deutsch ausgefüllte Schulkarten ihren Zweck vollständig entsprechen und nicht als unvollständig zurückgewiesen werden können. Wir möchten gern wissen, warum diese Karten im Original mit tschechischem und deutschem Vorworte versehen sind, wenn sie nicht deutsch ausgefüllt werden dürfen. Als ob die Pässe als unvollständig ausgefüllt beanstandet werden, wenn sie in Prag nicht tschechisch und französisch ausgefüllt sind. Der Herr Resident K. J. bei der Staatsbahndirektion in Königgrätz hat wieder einmal Naßi Republik gereitet und wird für seine Verdienste mit dem Orden des Weißen Löwen belohnt werden.

Eine Hinrichtung in Belian. Wie verlautet, soll der Gattenmörder Underka, welcher seine Frau seinerzeit in einer Jauchegrube ertränkte, hingerichtet werden. Underka wurde von den Geschworenen zum Tode durch den Strang verurteilt und der Oberste Gerichtshof hat die Nichtigkeitsbeschwerde, welche der gekündigte Wörder eingebracht hatte, verworfen. Damit ist nun das Urteil in Rechtskraft getreten und da Underka, wie verlautet, nicht der Gnade des Präsidenten empfohlen werden soll, dürfte Herr Wohlthäter, der ehemalige L. I. und jetzige republikanische Zeharfrichter, wieder Arbeit bekommen. Es scheint, als wollte die tschechoslowakische Republik einen gewissen Ehrgeiz dareinsetzen, an der Spitze jener Staaten zu marschieren, in denen Todesstrafe und Hinrichtungen... (die Vollendung des Tages und die anderen Gedanken, die uns in diesem Zusammenhang befallen, müssen wir mit Rücksicht auf den Zensur unterdrücken.)

Motiv der Tat: Arbeitslosigkeit. Die 24-jährige Kaffierin Katherine Sch. in Brunn traf in selbstmörderischer Absicht Lydol. Der Grund dieses Selbstmordesversuchs ist in Arbeitslosigkeit zu suchen. Mitglieder der freiwilligen Rettungsgesellschaft leisteten der Lebensmüden erste Hilfe und überführten sie in die Landeskrankenanstalt.

Der Militarismus vor und nach dem Kriege. Die deutsche Völkerbundliga in der Tschechoslowakischen Republik teilt mit: Die Abrüstungskommission des Völkerbundes hat eine Serie von Tabellen ausgearbeitet, aus denen hervorgeht, in welchem Ausmaße Europa heute unter dem Joche des Militarismus schmachtet. Zwei Daten nur mögen das beleuchten: Trotzdem sich die militärischen Ausgaben Deutschlands, Oesterreichs, Ungarns und Bulgariens um 80.000.000 Pfund Sterling vermindert haben, betragen die militärischen Gesamtausgaben Europas heute um 120.000.000 Pfund Sterling mehr als im Jahre 1914!

Eine Rente der Stadt Wien für die Witwe Birnecker. Aus Wien wird uns unter dem 28. Febr. gemeldet: In der heutigen Sitzung des Stadtrates brachte Bürgermeister Genosse Neumann den Antrag ein, der Witwe des verstorbenen Genossen Birnecker und dem verwundeten Genossen Stattsch je fünf Millionen Kronen als einmalige Unterstützung und der Witwe Birnecker außerdem eine Monatsrente von 100.000 K zu gewähren. Gegen die Bewilligung der Rente sprachen sich die Christlichsozialen aus, doch wurde der Antrag Neumann angenommen.

Internationale Solidarität, wie die Kommunisten sie meinen. Den Presseberichten des Internationalen Gewerkschaftsbundes entnehmen wir folgendes: Die dem syndikalistischen Niederländischen Arbeitssekretariat (N. A. S.) angeschlossene Niederländische Transportarbeiter-Förderung ist neben dem syndikalistischen Bauarbeiterverband die einzige Gewerkschaft, in der es den Kommunisten geglückt ist, die Leitung in die Hand zu bekommen. Diese Position haben sie benützt, um in der syndikalistischen Gewerkschaftszentrale mit allen Mitteln für den Anschluß an

die Note Gewerkschafts-Internationale Propaganda zu machen. Als hauptsächlichstes Argument wurde dabei ins Treffen geführt, daß nur der Anschluß an die Note Gewerkschafts-Internationale die Möglichkeit auf Beibehaltung einer internationalen revolutionären Solidarität biete. Während nun der dem Niederländischen Gewerkschaftsbund und der Internationalen Transportarbeiter-Förderung angeschlossene Zentralverband der Transportarbeiter die in der Rheinschiffahrt beschäftigten holländischen Arbeiter auf forderte, unter keinen Umständen Arbeit auf requirierten Schiffen der französischen Besatzung anzunehmen, auf denen von deutschen Organisationen — dem Verkehrsband und dem Maschinen- und Heizerverband — der Streik proklamiert wurde, hat die „revolutionäre“ holländische Transportarbeiter-Förderung ihre Mitglieder angewiesen, die Arbeit ruhig fortzusetzen, mit der Begründung, daß der Kampf im Ruhrgebiet ein Kampf zwischen zwei kapitalistischen Gruppen sei und sonach keinerlei Arbeitsinteressen im Spiele seien!

Karl Kraus jagt in Prag. Von Herrn Ludwig Winder erhalten wir eine Zuschrift, die wir nachfolgend wiedergeben, wozu wir nur bemerken, daß die Angaben, soweit sie die Person des Herrn Winder betreffen, stimmen mögen, daß sich aber an der ganzen Angelegenheit, soweit sie grundsätzliche Bedeutung hat, was wir an anderer Stelle erörtern, dadurch nichts ändert. Die Zuschrift lautet:

Auf Grund des § 19 des Pressgesetzes erlaube ich um Nichtigstellung folgender Behauptung, die in dem in Nummer 46 des „Sozialdemokrat“ vom 25. Febr. 1923 erschienenen Artikel „Karl Kraus jagt in Prag“ enthalten war:

Es ist nicht richtig, daß der Autor eines von Heiner Milnervermuthen zugehenden Romanes „Die jüdische Orgel“ einen halentkrenzlerischen „Reigen“ Nummer in zweiter Auflage inspiert habe, richtig ist vielmehr, daß ich seinen halentkrenzlerischen „Reigen“ Nummer in zweiter Auflage inspiert habe und der Aktion der „Bohemia“ gegen die Aufführung der „Lezten Nacht“ von Karl Kraus im Deutschen Theater in Prag vollständig fernstehe. Es ist nicht richtig, daß ich mein Unterläufer „E. W.“ zum Angriff vorschickte, als die Direktion des Prager Deutschen Theaters ankündigte, daß im März ein Ensemble-Gastspiel der „Neuen Wiener Bühne“ „Die letzte Nacht“ von Karl Kraus vorführen sollte, richtig ist vielmehr, daß ich kein Unterläufer habe, infolgedessen auch kein Unterläufer vorschicken konnte und daß infolgedessen alle weiteren Folgerungen, die Sie ziehen, ebenfalls unrichtig sind.

Ludwig Winder.

In der Wohnung verhungert. Blättermeldungen zufolge wurden in Pilsenerfeld die 67 Jahre alte Arztninne Johanna Hoffmann und ihre 24 Jahre alte Tochter Wally völlig entkräftet und fast besinnungslos in ihrer Wohnung aufgefunden. Der Arzt stellte fest, daß beide in hohem Grade unterernährt und dem Hungertode nahe waren. Frau Hoffmann ist im Krankenhaus gestorben. Die Tochter schwebt in Lebensgefahr.

Tob bei der Demontierung eines Geschosses. Aus Wiener-Neustadt wird berichtet: Der Strafgefangene Alois Spatschka fand auf der Straße ein Geschoss. Er trug es in seine Wohnung, um es auf dem Gange zu demontieren. Er wollte eben die Messingringe herunter schlagen, da explodierte das Geschoss und zerfiel ihm den Schenkel. Auch eine Hand wurde ihm weggerissen, so daß der einundsechzigjährige Mann auf der Stelle tot war. Ein siebenjähriges Mädchen, welches sich in seiner Nähe befand, wurde lebensgefährlich verletzt. Sieben Personen, die sich in der Küche aufgehalten hatten, entgingen wie durch ein Wunder den ihnen drohenden schweren Verletzungen.

Die öffentlichen Angestellten in Amerika. Nach den letzten statistischen Erhebungen beträgt die Zahl der öffentlichen Arbeiter, Angestellten und Beamten in den Vereinigten Staaten drei Millionen, von jeder siebenten Familie sieht ein Mitglied in den Diensten der Allgemeinheit. Das Meer der öffentlichen Angestellten ist somit größer als das der Eisenbahner und der Kohlenbergarbeiter zusammengezählt; es beträgt etwa ein Fünftel der Landwirte und Landarbeiter.

Schiffszusammenstoß in der Elbmündung. Der Kapitän des Hamburger Dampfers „Coimbra“, der von Portugal nach Hamburg bestimmt war, teilte dratlos mit, daß er bei unsichtbarem Wetter in der Elbmündung mit einem unbekanntem Dampfer zusammengestoßen sei. Dieser sei vermutlich gesunken. Der Dampfer „Coimbra“ beschäftigt sich mit der Rettung der Schiffbrüchigen. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Von der Prager deutschen Bezirkskommission für Jugendfürsorge wird uns mitgeteilt: Mit dem Erlaß vom 8. Febr. 1923, Z. 8269 (a. 2) 1922 hat das Ministerium für soziale Fürsorge den Bericht des Generalvorstands der deutschen Bezirkskommission für Kinderfürsorge und Jugendfürsorge für Prag und Umgebung des Herrn Direktor Hans Verka über seine vom 18. April bis 18. Mai 1922 unternommene Studienreise mit Dank zur Kenntnis genommen und ihn ersucht, die von ihm gesammelten Erfahrungen im Dienste der gefährdeten Jugend zu verwerthen. Dem genannten Generalvorstand wurden, obwohl er von der Behörde als solcher noch immer nicht beauftragt ist, als Einzelnormand bis zum 24. Vormittagsstunden mit 55 Mitgliedern von folgenden Bezirksgerichten übertragen: Mostadt Josefstadt (8), Oßere Neustadt (4), Untere Neustadt (1), Kleinseite (1), Smichow (16), Rgl. Weinberge (3), Karolinental (4), Dolleschow-Dubna (6), Brschowitz (7), Ziz-

low (3), Russe (3). Von diesen Minderen sind 10 Ganzweifen, 34 Halbweifen und 11 unehelicher Geburt, 44 Kinder sind röm. kath., 5 evangelisch und 6 freireligiös. Außerdem stehen unter seiner Aufsicht 42 Kinder. In Anstalten sind 18 stiftlich geführte Kinder untergebracht, für welche die Bezirkskommission wegen Mitleidlosigkeit der Angehörigen größtenteils die Verpflegungskosten aus eigenen Mitteln decken muß. Aus dem Angehörigen ist zu ersehen, welche Aufgabe die Bezirkskommission auf diesem Gebiete der sozialen Fürsorge, abgesehen von den andern ihr gestellten Aufgaben, zu lösen hat. Um aber diesen Aufgaben nachkommen zu können, bedarf sie großer Geldmittel und es ist Pflicht eines jeden Deutschen in Prag ohne Unterscheidung der Konfession und Parteizugehörigkeit, ihr diese Mittel durch Bewilligung einer Spende und durch Beitritt als Gründer, Stifter oder Mitglied zur Verfügung zu stellen. Spenden und Annahmewendungen werden in der Kanzlei, Prag I., Bartolomejstra 8, mündlich und schriftlich entgegen genommen.

Am Geburtstage des Präsidenten, am 7. März, werden laut Anschlag, das ersten Erlaß des Schulministeriums vom 27. Feber 1922 zitiert, an allen Schulen interne Feste stattfinden. Schulfrei ist dieser Tag nicht.

Ein Detailgeschäft der Großhandelsfirma in Smichow. Die Deutsche Großhandelsfirma in Prag errichtet im Anschlusse an ihr Engroslager in Smichow, Cde Varandova ul., 3. Etagen, in nächster Nähe der Haltestelle Rijnst-Bahnhof der elektrischen Straßenbahn, am 1. März l. J. ein Detailgeschäft, in welchem neben Textilwaren, Bekleidungsartikeln, Schuhwaren und Haushaltsgegenständen auch die Erzeugnisse ihrer eigenen Produktion zum Verkauf gelangen werden, und zwar: Webwaren, Wäscheartikeln, hem. Produkte, Kompotte, Marmeladen und Fruchtstücke, Jidorie, Heilgetränke, welche in den eigenen Fabriken Bärtingen, Jvidan, Nähr-Östern und den Nährmittelwerken Neratowitz hergestellt werden. Der Verkauf wird an jedermann stattfinden.

Die Revalidierung nach Rußland und der Ukraine. Die bevollmächtigten Vertretungen der RZPRA und der UZRA geben bekannt, daß am 8. März l. J. der letzte unentgeltliche Transport der zu Revalidierenden nach Rußland und der Ukraine abgeht. Nach seiner Abreise wird das Lager in Deutsch-Gabel geschlossen und alle, die später zurückkehren wollen, müssen dies auf eigene Kosten tun. Ab 3. März werden keine Anmeldungen für den Transport mehr angenommen. Personen, die sich schon früher gemeldet haben, bisher aber an ihren Orten geblieben, mögen sich spätestens bis 3. März in der Konsularabteilung der Vertretungen der RZPRA und der UZRA in Prag 2, Kaplavni ul 7, melden.

Postpaketverkehr nach Rußland. Wie das Postministerium mitteilt, wird ab 10. März die Aufgabe von Paketen bis zum Gewichte von zehn Kilo sowohl nach dem europäischen Rußland (mit Einschluß von Armenien, Aserbaidschan, Grusinien, Weißrußland und Ukraine), als auch nach dem asiatischen Rußland (Sibirien bis Irkutsk und Turkestan) wieder zulässig sein.

Der dreifache Mord im Riesengebirge. In der letzten Jännerwoche wurde, wie erinnerlich, in Böhmisch-Bauden im Riesengebirge eine grausenhafte Tat verübt. Der Häusler Konstantin Erben, seine Frau und sein dreijähriges Söhnchen wurden mit gräßlichen Verletzungen ermordet aufgefunden. Das Tödtchen, das im Bette geschlossen haben moß, blieb von den Tätern, denen es um die Habgierigkeit Erbens zu tun war, verschont. Wie nun gemeldet wird, hat die Gendarmenstation in Marchendorf einen Brief erhalten, in welchem Mitteilungen über die Mörder gemacht werden. Einer der Mörder soll in Arnau verhaftet worden sein. Das sechs Wochen alte Kind, das die Mörder verschonten, befindet sich im Asyl in Hohenelbe.

Gerichtssaal.

Faschistische Denunzianten.

Prag, 27. Feber. Es war am Tage des Attentats gegen Dr. Rosin. In den Straßen Prags hielten sich die Leute, überall bildeten sich Menschenansammlungen, die das Attentat lebhaft besprachen. Die Prager Tagesblätter brachten in ihren Auslagen, schränken das Bild des Attentäters Soupal, nationaldemokratische Agitatoren sorgten dafür, daß eine Erregung gegen die sozialistischen Blätter Prag greife. Mitglieder des „Narodni hnutí“ — der tschechischen Faschisten-Organisation — horchten überall herum, ob nicht irgendwo eine billige Neuherung über das Attentat mache. So kamen um die Mittagstunde bei der „Hvězda“-Passage am Prager Wenzelsplatz zwei Faschisten, Ladislav Kouzela und Broz Svoboda, zu einem Wachmann und erzählten ihm, daß ein Mann in der „Hvězda“-Passage gesagt habe: „Das Bild Soupals werde ich mir einrahmen lassen und werde es küssen, denn dieser Mann hat dem „Narodni hnutí“ den Schein der Erstgeburt verschafft.“ Der Wachmann war der Ansicht, daß der Mann, es war der Schlossergeselle Anton Louka, das Attentat Soupals billige und nahm ihn fest. Obwohl nun Louka auf der Wache erklärte, daß er als Nationalsozialist ein Gegner jedes politischen Nordes sei und daß er seine Neuherung im ironischen Sinne gemeint habe, da ihn die Rufe der Faschisten, wie: „Schande dem „Čestě Slovo“! Jerhauts ihnen alles!“ in eine große Erregung brachten, so wurde die Sache dennoch der Staatsanwaltschaft übergeben und gegen Louka die Anzeige wegen Vergehens gegen § 305 (Billigung einer strafbaren Handlung) erstattet. Bei der heutigen Verhandlung vor einem Strafgericht des OLG. Novotny wurde Louka freigesprochen, da die faschistischen Zeugen widersprechende Aussagen machten und die von Louka geführten Zeugen beweisen konnten, daß die Gerufe gegen das „Čestě Slovo“ gefallen seien und daß daher die Verteidigung des Louka, er hätte keine Neuherung in ironischem Sinne getan, der Wahrheit entspreche.

Ein rabiater Sträfling.

Prag, 27. Feber. Der Sträfling Franz Menzik, der derzeit eine Strafe von 15 Monaten absitzt, wollte in eine andere Strafanstalt kommen. Da man seinem Wunsche nicht nachkam, schlug er in seiner Zelle alles krumm und klein und konnte nur schwer übermäßig werden. Wegen seiner Gewalttätigkeit wurde Menzik heute zu sechs Monaten schweren Kerkers verurteilt und wird jetzt in der mährischen Strafanstalt Merau untergebracht.

Gegen die Sicherheit des Lebens.

Prag, 27. Feber. Der Maurermeister Franz Groß aus Smichow wurde heute vor einem Strafgericht des OLG. Klage wegen Ueberschreitung gegen die Sicherheit des Lebens zu drei Monaten schweren Kerkers bedingt auf drei Jahre verurteilt. Groß fuhr am 7. Mai des Vorjahres mit seinem Auto durch die Ortschaft Křenec und drückte, als er durch eine schmale Gasse fuhr, mit dem rechten Vorderrad seines Wagens den Studenten Franz Simek so unglücklich an die Mauer eines Hauses, daß Simek tödliche Verletzungen erlitt. Der Wagen des Groß geriet dann ins Schleudern und stieß an eine Telegraphenstange an, wobei die Insassen des Wagens hinausgeschleudert wurden. Franz Groß hat keine Chauffeurprüfung und hatte daher zu Unrecht die Führung des Wagens, die er nicht voll beherrschte, übernommen. Bei der heutigen Verhandlung suchte Groß den Beweis zu erbringen, daß er an den Unfällen nicht schuld sei, da in dem engen Gäßchen der von ihm geführte Wagen sich zur Seite neigte. Dieser Beweis gelang ihm jedoch nicht vollständig.

Reichskonferenz des Zentralverbandes der Kleinbauern und Häusler.

Sonntag den 25. Feber fand im Klublokal der Abgeordneten der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Prag eine Reichskonferenz der Kleinbauern und Häusler statt, an der Delegierte aus allen Gebieten der Republik teilnahmen. Es war keine Konferenz, auf der große theoretische Fragen erörtert wurden, sondern sie war eine Arbeitskonferenz, die vor allem dem inneren Ausbau des Verbandes und den wirtschaftlichen Fragen gewidmet war.

Für den Parteivorstand nahmen an den Verhandlungen Abg. Genosse Cermak und Genosse Kremser teil; den Vorsitz führte Verbandsobmann Abg. Gen. Leibl.

Die Reichskonferenz beschloß, im heurigen Jahre von der Abhaltung des Verbandstages abzusehen und die Beschlüsse der Reichskonferenz so zu behandeln, als wenn sie vom Verbandstage gefaßt worden wären. Genosse Dittrich erläuterte den Bericht über die Tätigkeit des Sekretariats im verflochtenen Jahre, aus welchem hervorgeht, daß eine Fülle von Arbeit geleistet wurde. (Wir werden darüber in einer der nächsten Nummern unseres Blattes einen ausführlichen Bericht bringen.) Genosse Schmidt erstattete den Kassabericht, für die Kontrolle berichtete Gen. Weigl. Sein Antrag, dem Kassier die Entlastung zu erteilen, wurde angenommen. Genosse Jenker wünschte, daß die Warenbelieferung der Ortsgruppen besser ausgebaut werden möge. Die Pauschalierung der Warenumsatzsteuer sei nicht in allen Fällen zu empfehlen, vielfach wird die Einbekenennung der Steuer für den Kleinlandwirt besser sein.

Genosse Cermak hielt eine kurze Begrüßungssprache, in welcher er der besonderen Freude Ausdruck gab, daß sich der Verband zu einer festen und konsolidierten Organisation der Kleinbauern und Häusler entwickelt hat. Die Ergebnisse werden sich auch in der Parteibewegung bemerkbar machen. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist durch die Industriearbeiterpartei allein nicht möglich, es müssen die Proletarier in Stadt und Land zusammenwirken. Der Verband ist ein wirksames Instrument für den wirtschaftlichen Schutz seiner Mitglieder, er ist aber zugleich auch eine Stütze für die Partei, der Wegbereiter für den Sozialismus auf dem Lande.

Sodann wurde eine Reihe Anträge verhandelt. Ein Antrag, der verlangt, daß bei der Aufteilung des Großgrundbesitzes die wirtschaftliche Lage der Kleinlandwirte berücksichtigt werde, wurde angenommen und dem Verbandsvorstand zur Durchführung der entsprechenden Maßnahmen zugewiesen. Ferner wurde ein Antrag angenommen und dem Verbandsvorstand zugewiesen, der die Schaffung eines Gesetzes verlangt, nach welchem bei Verpachtung von Gemeindegrundstücken nur solche Bewerber berücksichtigt werden sollen, die weniger als acht Hektar Grund haben. Eine Versteigerung solcher Grundstücke soll als unzulässig erklärt werden. Ein Antrag des Bezirksverbandes Aufsig-Teplitz, das Verbandsorgan in größerer Form zu erscheinen zu lassen, wurde abgelehnt. Ebenso ein Antrag der Ortsgruppe Riß auf Herabsetzung der Beiträge. Die folgenden vier Anträge des Verbandsvorstandes wurden angenommen: 1. Es mögen von Zeit zu Zeit geeignete Artikel über die Tätigkeit des Verbandes in den Parteiblättern veröffentlicht werden. 2. Um die Abhaltung von Funktionärkursen leichter zu ermöglichen, sollen Funktionärkurse in Leu veranstaltet werden, in welchen entsprechende

Lehrkräfte heranzubilden sind. 3. Es soll überall auf ein inniges Zusammenarbeiten mit der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei angestrebt werden. 4. Der Verbandsvorstand wird beauftragt, unter den Mitgliedern agrartechnisches und sozialpolitisches Wissen zu verbreiten.

Genosse Deutsch referierte über die Viehverversicherung. Da sich die jetzigen Statuten als unzulänglich erwiesen haben, beantragt er einige Abänderungen. Der Zweck dieser Änderungen soll der sein, die Einschätzung des Viehes genauer zu machen und die Einzahlungen entsprechend zu regulieren, damit der Bezirksfond, auf den ja die ganze Versicherung aufgebaut ist, finanziell stark genug ist. Die Zahl der Mitglieder, die an der Viehverversicherung beteiligt sind, ist noch verhältnismäßig klein. Für die Versicherung muß in den Ortsgruppen durch die Funktionäre eine viel intensivere Propaganda entfaltet werden. Die Kleinlandwirte und Häusler haben es nicht notwendig, ihr Geld zu privaten Versicherungsgesellschaften hinzutragen, zum Nutzen der Kapitalisten. Wir haben eine große proletarische Versicherungsgesellschaft beim Verband deutscher Wirtschaftsgesellschaften, die jede Art von Versicherung übernimmt. Diese zu unterstützen und für uns nutzbar zu machen, ist unsere Pflicht. — Zu den Vorschlägen auf Abänderung der Statuten für die Viehverversicherung sprachen die Genossen Krüsch, Tschachta, Weigl, Jörler und Jestrabek. Genosse Kremser beantragte, die Schlussabteilung des Statutes dem Verbandsvorstand zu überlassen. Das abgeänderte Statut wird dann allen Ortsgruppen zugesendet. Dieser Antrag wurde angenommen.

Genosse Jörler sprach über Wirtschaftsfragen und Organisation. Er zeigte an der Hand von Tabellen, in welchem Verhältnis die direkten und indirekten Steuern gestiegen sind, und empfiehlt die Verwendung von graphischen Darstellungen in Versammlungen, weil diese viel zum Verständnis der Sache beitragen. Die indirekten Steuern sind fünfmal so groß als die direkten. Und trotzdem behandelt man uns als die, die eigentlich nichts zahlen. Wir verlangen die Abschaffung aller Steuern und die Einführung einer progressiv aufsteigenden Einkommensteuer. Wir fordern die Amortisierung der Kriegsanleihe. Wenn der Staat die Aktiva übernommen hat, so möge er auch die Passiva decken. Bezüglich der Vermögensabgabe verlangte der Referent die Revellierung des Gesetzes, damit jene, die nur ein bestimmtes Existenzminimum haben, von der Vermögensabgabe befreit sind.

Genosse Schwedichart verhielt über die parlamentarische Arbeit, die im Interesse der Kleinlandwirte und Häusler geleistet wurde. Er verweist dabei auf den gedruckten Rechenschaftsbericht des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten. Die Bodenreform hat uns alle enttäuscht. Sie wurde nicht nach sozialen Grundfragen durchgeführt, sondern wird immer mehr den tschechischen Interessen dienstbar gemacht. Die Preise bei Übernahme des beschlagnahmten Bodens sind zu hoch und dabei jämmerlich fortwährend die Herren vom Bund der Landwirte, daß der Großgrundbesitz zu wenig entschädigt wird. Die Landwirte sind also auch hier ganz offene Vertreter der Agrarkapitalisten. Die Kleinlandwirte und Häusler haben deshalb beim Bund der Landwirte nichts zu suchen. Die Großagrarien überall in den Zentralstellen, sie sitzen im Landesparlament, werden in Zollfragen gehört, während wir absichtlich übergangen werden. Genosse Schwedichart ersucht die Genossen, von nun an mehr Anregungen zu geben, damit sich ein inniger Kontakt zwischen den parlamentarischen Vertretern und den Vertrauensmännern herausbilde.

Genosse Leibl schloß mit einigen anfeuernden Worten um halb 6 Uhr abends die Konferenz.

Der Held im Schatten.

Roman von Karl Prager. (13)

Eiferjucht, wenn sie gegenseitig ist, besenert die Neigung. Wie waren Ernst und Lene heißer aufeinander, als nach Stunden wechselseitiger Wut, wenn ein dem anderen die eigene Untreue wie Feilschereien um die Ehre geknallt hatte. Dann schmolzen Kerger, Trost und verliebter Haß zu heftiger Brunst, die alles fordern und gewähren ließ. Lene überließ sich selbst, als sie Ernst in die Eiferjucht trieb. Unversehens sprang die Flamme, die sie schürzte, auf Lene über und brannte ihre kühle Vorficht, die Kenntlichkeit ihres kleinbürgerlichen Gemüts und die Furcht vor natürlichen Folgen aus. In den roten Feuermantel restloser Hingabe gehüllt, schritt das Paar über die letzte Schranke fort und wendete kein Auge mehr zurück in die Welt klar entscheidender Verhältnisse. Ihr Verhältnis war weder klar noch entschieden. Zwar hatte sich Ernst schon öfter beim abendlichen Feingang männlich aufgerichtet und das Wort „Verlobung“ gesprochen. Allein Lene schüttelte jedesmal ungläubig den Kopf und strich Ernst dankbar übers Haar. Verstand sie die edle Wollung, die Ernst zu diesem Wort zwang? Sie sah den jungen, schwächlichen Menschen an ihrer Seite und seufzte bedrückt.

Es stand zu viel zwischen ihnen. Die Ungleichheit ihres Lebens, gleich nur in der Unberechenbarkeit der Sinne, der Altersunterschied, elterliche Hoffnungen und die eigenen Wege, auf denen Lene dem jungen Freund nicht folgen konnte. Ernst hatte diese Wege wieder einge-schlagen, gedrängt durch die mißliche Lage seiner Verhältnisse. Er hatte Schulden, gemein quetschende Schulden bei Wirten und Händlern, die

ihm keine Rücksicht gaben. Um sie loszuwerden, griff Ernst tiefer als je in die Kasse und mußte feststellen, daß ihm die Dinge über den Kopf wuchsen.

Hatte nun Herr Alfons Beißer doch etwas bemerkt, oder war ihm Ungünstiges über seinen Angestellten zugetragen worden, gleich im Beginn des neuen Jahres hielt er überraschende Nachschau. Die Bücher mühten abgeschlossen und vorgelegt werden. Bei Fräulein Rascher stimmte alles aufs schönste, bei Ernst fehlten in der Kasse hundertdreißig Mark. Herr Alfons Beißer raste. Verzweifelt angelten die dürren, düst behaarten Hände durch die Luft, der Aneifer fiel zehnmal von der hochstrebenden Himmelshöhe-nase, und die sonst so verbindlich störende Stimme freischte scharf und grell.

„Kommen Sie her, Löwne! Wenn ich bitten darf, auch Sie, Fräulein Rascher... Wo ist das Geld hingekommen, Sie ganz refährlicher Schwindler? Wollen Sie das gefälligst sagen?... Hundertdreißig Mark Manko sind in der Kasse. Fräulein Rascher, haben Sie Töne?“

Ernst hatte sich ganz gefaßt. Kaltblütig lächelnd räumte er ein, daß hundertdreißig Mark fehlen. Er habe sie aus der Kasse genommen, um Verpflichtungen zu decken. Sein Gehalt hätte nicht zum Leben gereicht... Herr Alfons Beißer verfärbte sich. Den Aneifer hochheißvoll in die Höhe redend, begann er vorwurfsvoll:

„Was sagen Sie da? Ihr Gehalt hat nicht zum Leben gereicht?... Ach zahle Ihnen vierzig Mark. Bringen Sie mir den Gehalt erst mal her, der dieses Gehalt anderswo bekommt... Dabei schämen Sie sich nicht, mich zu betrügen. Von meinem Geld... Was gehn mich, in drei Teufels Namen, Ihre Verpflichtungen an?... Ich will Ihnen was sagen, Löwne: Die Polizei holen, hat keinen Zweck. Die gibt mir das Geld auch nicht. Aber schauen Sie bloß, daß Sie

schleunigst aus dem Haus verschwinden. Sonst reut mich vielleicht mein guter Wille doch...“

Fräulein Rascher war dem Schauspiel atemlos gefolgt. Erst verstand sie nicht recht, dann wurde ihr schnell klar, was vorging. Entgeistert starrte sie Ernst an, der gleichmäßig die Wände absuchte. Mit diesem Menschen hatte sie sich eingelassen... Ernst sah die vollen Schultern bebend, ein sprühender Blick brannte auf seinem Gesicht. Lene wandte sich an Herrn Alfons Beißer:

„Ich bitte um meine Entlassung, Herr Beißer, wenn Sie glauben, daß ich...“

„Aber was denken Sie, Fräulein Rascher! Ihre Bücher sind doch in bester Ordnung. Ich glaube von Ihnen nur das Beste. Der Bursch hat Sie ebenso hinter's Licht geführt, wie er mich hintergangen hat... Ist er schon fort.“

Ernst stand unter der Tür, im Arm ein kleines Bündel. Seine wenigen Habseligkeiten... Als er die Tür öffnete, lehrte sich Fräulein Rascher kurz um. Ernst zog den Hut fast bis auf den Boden und senkte den Kopf tief. Täuschte er sich, oder hatte Lene wirklich den Kopf wenig, nur ein ganz klein wenig geneigt? Auf der Treppe sah Ernst die entsetzten Augen des Mädchens vor sich hergehen...

Die Jagd nach dem Leben.

Wer vielleicht glaubt, Ernst wäre nun geknickt und beschämt gewesen, kennt die menschliche Natur wenig. Er schritt vielmehr ruhig und gelassen in das Stadttünnere, zündete eine Zigarette an und schnippte die Asche sorgsam mit dem kleinen Finger fort. Geld hatte Ernst nur einige Mark, doch genügte ihm das Bewußtsein, überhaupt Geld zu haben. In der Stehloftstalle trank er zwei Glas Bier und fand, es wäre eigentlich doch viel feiner, durch die Stadt zu spazieren, als

im langweiligen Kontor der Anstalt „Argus“ zu sitzen.

Der Gedanke an Herrn Alfons Beißer belustigte ihn beinahe. Was hatte der Mann für Augen gemacht? Schade, daß er nicht fester in die Kasse gegriffen hätte. Ob es Herr Alfons Beißer im Lardieren verlor, oder ob er es auf seine Art ausgab, wo ist der Unterschied? Lene würde er zunächst wohl nicht sehen. Das Mädchen war doch zu bloß. Ein lieber Kerl, aber so altmodisch und ohne Unternehmungsgelbst. Das Gefühl, an Lene zu denken, war aber doch nicht behaglich. Sie hatte ihn ja angequält, als hätte er ein Kind gefressen. Dumm, zu dumm, diese Anständigkeit...

Dabei verfaß sich keine Seele der Geschichte. Ernst verschwiege seine Entlassung, hielt alle Zeiten genau ein, als wäre er noch immer im alten Gleis, und schaute inzwischen nach einer anderen Stelle aus. Denn eine neue Stelle mußte her, bevor der Letzte kam. Wenn er nur dabei punktuell zählte, war alles andere Nebenloche. Woher das Geld kam, fragte die Mutter nicht. Sie nahm es unbesehen, nur durfte kein Biennig am Betrag fehlen.

Ernst hatte unbändiges Glück. Nach vierzehn Tagen sah er schon wieder auf einem Kontorbuch und hatte zehn Mark mehr Gehalt als bei Herrn Alfons Beißer. Das Geschäft — Zuderwarengroßhandlung Volk u. Sörner — schien dringende Leute zu brauchen. Ohne nach Zeugnissen zu fragen, überhaupt ohne jeden Umstand, wurde Ernst angenommen und erhielt — die kleine Kasse. Was das nicht ein Wink, fortzufahren wo man vor zwei Wochen aufgehört hatte? Die ersten Tage widerstand Ernst der Anfechtung, weil er das entgeisterte Gesicht Lenes vor Augen hatte. Doch nur zu bald war der erste Schritt gemacht.

(Fortsetzung folgt.)

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Ein vorläufiger Handelsvertrag mit Griechenland. In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde der Handelsvertrag mit Griechenland, der am 10. Jänner in Athen abgeschlossen wurde, vorgelegt. Durch diesen Vertrag erhält unsere Ausfuhrindustrie in 51 Posten des griechischen Zolltarifs minimale Zollsätze. Der Handelsvertrag bezieht sich vor allem auch auf die Möglichkeit des Einkaufs griechischen Tabaks durch die Tabakregie und mit der Lieferung tschechischer Spielfarten und Zigarettenpapiers nach Griechenland. Der Vertrag ist für 6 Monate abgeschlossen, läuft jedoch automatisch weiter, wenn er nicht binnen 3 Monaten gekündigt wird.

Die Einfuhr und Ausfuhr im Dezember 1922. Nach der Nr. 12 der „Statistischen Uebersicht“ des Außenhandels wurden im Dezember 1922 im ganzen 3.104.527 q und 87.476 Stück eingeführt und 8.927.192 q und 277.990 Stück ausgeführt; hievon entfiel das meiste der Einfuhr mit 1.083.910 q, d. i. 34,91 Prozent auf Deutschland, sodann auf Polen mit 446.670 q d. i. 14,39 Prozent, auf die Vereinigten Staaten von Amerika mit 306.097 q, d. i. 9,86 Prozent; die stärkste Ausfuhr war nach Deutschland mit 3.673.141 q d. i. 40,94 Prozent, sodann nach Oesterreich 2.148.244 q, d. i. 23,94 Prozent und nach Jugoslawien mit 1.323.771 q, d. i. 14,76 Prozent.

Ueber die Ein- und Ausfuhr von Rohstoffen, Halbfabrikaten und Fabrikaten im Dezember 1922 bringt die Nr. 12 der „Statistischen Uebersicht des Außenhandels“ folgende Daten: Eingeführt wurden 2.304.981 q und 36.308 Stück Rohstoffe, 120.380 q Halbfabrikate und 589.166 q und 51.168 Stück Fabrikate; ausgeführt wurden 7.049.426 q und 103 Stück Rohstoffe, 1.011.514 q Halbfabrikate und 911.215 q und 277.895 Stück Fabrikate.

Wie eine sozialistische Gemeinde für Arbeitslose sorgt. Die Gemeinde Wien hat, wie die Kathauskorrespondenz meldet, das von ihr ins Werk gesetzte Investitionsprogramm zur Vinderung der Arbeitslosigkeit von ursprünglich 85 Milliarden auf 120 Milliarden erhöht. Davon entfallen unter anderem 60 Milliarden für Wohnbauweise, 18 einviertel Milliarden für den Bau neuer Stadtbahnhöfen, 5 einhalb Milliarden für Elektrizitätswerke, 12 Milliarden für den Bau eines neuen Linienheims, 10 Milliarden für den Bau von Volkshäusern, 5 Milliarden für Instandsetzungsarbeiten an sämtlichen Volks- und Bürgerschulen Wiens.

Die Streiklage in Budapest. Aus Wien wurde uns gestern gemeldet: Die Streiklage in Budapest ist unverändert. In einer Vertrauensmännerversammlung der Metallarbeiter sprach gestern Genosse Kapot. Er brachte die Angelegenheit auch in der Nationalversammlung zur Sprache und erklärte, daß die Unternehmer durch ihre Vorgehen Ungarn wirtschaftlich schwer schädigen. Der Handelsminister gab eine Erklärung ab, in der er den Standpunkt der Unternehmer akzeptierte. Die Mehrheit nahm diese Erklärung zur Kenntnis. In der Holzindustrie legen nur die großen Unternehmen die Aussperrung fort, die kleineren haben Lohnerniedrigungen bewilligt.

Das internationale Eisenbahnrecht. Das von der Völkerverbundkommission der Verkehrsmitel und des Transitverkehrs eingesetzte Komitee von Eisenbahnschmanern ist, wie die tschechische Völkerverbundliga in der tschechoslowakischen Republik mitteilt, am 14. Feber in London zusammengetreten, um die Vorschläge für die von der Konferenz in Barcelona vorgesehene Generalkonvention betreffend ein internationales Eisenbahnreglement auszuarbeiten. Die als obligatorisch gedachte Generalkonvention wird die internationalen Eisenbahntransporte betreffen und sich nicht nur auf das kontinentale Europa, sondern auch auf den Eisenbahnverkehr mit den anderen Erdteilen beziehen. Die Konvention wird endgültig von der zweiten Generalkonferenz für Verkehr und Transit (die erste wurde 1921 in Barcelona abgeschlossen) ausgearbeitet werden, die im Jahre 1923 zusammentreten soll.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Berlin	Schw. Kreuz	1575,00
Genève	Mark	603,32
Wien	österr. Kr.	2102

Züricher Schlusskurse.

	Geld	Ware
Paris	2250,00	—
London	25,07 00	—
Berlin	0,023 07	—
Holland	25,75 04	—
Wien	211,00	—
Budapest	6074,75	—
Prag	0,18 00	—
New York	15,76	—
Wien	3,32 02	—
Wien	5,15	—
Wien	0,01 05	—
Wien	0,00 00	—

Prager Kurse.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1350,00	1393,00
100 Mark	1500,00	1600,00
100 belg. Francs	186,25	187,75
100 schwed. Kronen	643,75	646,25
1 Pfund Sterling	160,875	162,375
100 Lire	163,75	167,25
1 Dollar	34,10,00	34,50,00
100 franz. Francs	211,25	212,75
100 Dinar	3387,50	3437,50
100 ungar. Kronen	1,14 00	1,18 00
100 poln. Mark	6,62 50	7,62 50
100 österr. Kronen	0,04 725	0,05 225

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Dux. Sonntag, den 11. März, um 9 Uhr vormittags findet im Gasthause zum „Rudolf“ in Dux die halbjährige Bezirkskonferenz statt. Auf der Tagesordnung stehen: Berichte, Reiseleiter 1923, Bezirksfest 1923 und Verschiedenes.

Bezirkskonferenz Haidau. Die Exekutive der Bezirksorganisation Haidau beruft für den 11. März, nachmittags 2 Uhr in die „Rumburger Bierhalle“ eine Bezirkskonferenz ein. Tagesordnung: 1. Parteiorganisation, 2. Reiseleiter, 3. Stellungnahme zu den Gemeindevahlen, 4. Allgemeines.

Turnen und Sport.

Die Olympischen Spiele. Vom internationalen Ausschusse für die Olympischen Spiele wird verkündet, daß die Jahresversammlung des internationalen Ausschusses in Rom in den Tagen vom 9. bis 12. April d. J. abgehalten werden wird. Sie wird am Kapital eröffnet werden. Das Programm der Jahresversammlung enthält folgende Punkte: Wahlen, 8. Olympiade (Paris 1924), die Wintersportwoche 1924, die Feier des 30. Jahrestages der Wiederaufnahme der Olympischen Spiele, der olympische Kongress 1925, die 9. Olympiade (Amsterdam 1928), nordamerikanische Fragen, Bericht Kallit-Latour über die ersten südamerikanischen Spiele, die Spiele im

Herren Osten, die Entwicklung des Sportes in Ost-Asien, Empfang verschiedener Delegierter, Frauensport, Wanderverse, Bericht des Kassiers und freie Beiträge.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen

liefert **Optiker Deutsch, Prag,**
Graben 25, 1. Kl. Bazar.
180

Gesamtherausgeber: Dr. Ludwig Ezech und Karl Cermak.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.
Für den Druck verantwortlich: O. Soltz

Antworten auf unsere Preisfrage!

Kein Reklamegeschrei, sondern eine wirkliche Überzeugung!

Berson-Gummi-Absatz und Sohle ist in der Tat die beste Marke und an der Dauerhaftigkeit, Elastizität und Unschmerzhaftigkeit bekannt.

Franz Jenisch
Tschischowitz bei Dobruška, Böhmen.



Einem allgemein geäußerten Wunsche folgend, haben wir uns entschlossen, am **1. März 1923**, im Anschlusse an unser Textil- und Bekleidungswaren-Engroslager im eigenen Hause

SMICHOV, Ecke Barandova ul. (V Les ōku)

in nächster Nähe der Haltestelle Kinskygarten der elektrischen Straßenbahn ein

Detail-Geschäft

zu eröffnen, in welchem nebst Textilwaren, Bekleidungsartikeln, Schuhwaren und Haushaltsgegenständen auch die Erzeugnisse unserer Eigenproduktion und zwar:

Wäsche- u. Konfektionsartikel aus unserer Fabrik in Bärzingen,
Webwaren aus unserer Fabrik in Zwickau,
Chem. Produkte aus unserer Fabrik in Mähr.-Ostau,
Marmeladen, Kompotte, Fruchtzucker, Limbiersaft, Zichorien, Feigenkaffee usw. aus unseren Nahrungsmittelwerken in Neratowitz, zum Verkaufe gelangen werden.

Die Marke  unserer Produktion

bürgt für eine tadellose, allen Anforderungen entsprechende Qualität. Wir laden zum Besuche unseres Detailgeschäftes höflichst ein.

Großeinkaufsgesellschaft für Konsumverone

G. m. b. H.

Kunst und Wissen.

Das Konzert des Wiener Tonkünstler-Orchesters. Die Bedeutung des vom Komitee zur Förderung symphonischer Musik in Wien veranstalteten Prager Konzertes des Wiener Tonkünstler-Orchesters, das Montag im großen Lucerna-Saal einen glänzenden Verlauf nahm, ist eine in mehrfacher Beziehung hervorragende; denn die Veranstaltung war nicht nur ein wohl gelungenes repräsentatives Fest, sondern auch der Höhepunkt der diesjährigen Konzertereignisse in künstlerischer Beziehung. Der Dirigent Franz Schalk ist geradezu kultureller Art zu nennen. Die Kunst hat es zuwege gebracht, daß ein paar tausend Menschen der verschiedensten Richtungen alles Lernende vergaßen und sich in dem Wunsch nach höheren Zielen einfügten. Dazu die musikalische Kunst nützen, ist eine Tat, die den beglücktesten Lohn verdient, der ihr wurde. Doch auch das verständnisvolle Publikum, das den Saal überfüllte, sei für diese Arbeit an der Menschheit Friedensstreben bedankt. Der rein künstlerische Erfolg des Konzertes war ein ganz außerordentlicher. Schon Beethovens postum erstete Coriolan-Ouverture, die wie ein Symbol für heldenhafte Ueberwindung des Feindes im eigenen Ich an der Spitze des Programmes stand, ließ eine allem Neugierigen abholbare Kunst leben. Gesteigert kam dieselbe in den zwei Sätzen von Schuberts unvollendeter 8. Sinfonie zur Geltung; das Bild eines unvollendeten Künstlers. Nicht nur Direktor Schalk, das ganze Orchester wurde lebhaft affiniert für die bedauernde Schönheit, in der es dieses Allegro und Andante gespielt hatte. Dem satten Klang des Streicherchores, den jetzt abgegriffen Bläserfarben sich hinzugeben, in den so gar nicht lehrhaft gegliederten Formen zu schweben, vereinte Augenblicksgenuss und Aufmunterung. Unter der Führung ihres hochkultivierten Meisters, dem die Wiener Staatsoper, Oratorienaufführungen und symphonischen Konzerte unzählbares verdanken, dessen stilleres Nachschaffen auf allen Gebieten stets wieder Bewunderung erregt, machten die Wiener Tonkünstler ein vollendetes plastisches Werk aus dem Ton. Nach der Pause wurde Bruckners Siebente gespielt. Ich kann darüber nicht mehr sagen; nicht weil über diese populäre Sinfonie des Meisters schon so viel gesagt worden ist, sondern weil ich für das tief ergreifende Wunderwerk und unvergleichliche Wiedergabe keine Worte habe. Der Eindruck der Aufführung muß, an den Reuehrungen des Beifalles gemessen, ein außerordentlich gewesen sein. Dr. F. K.

Neues Theater. Heute, Mittwoch „Der Gästling der Jarin“. Morgen, Donnerstag, Gastspiel Richard Kuba in der Kienz-Oper „Der Evangelist“. Freitag Vorlesung neustudierte Oper „Der Widerspäh“ mit J. Martin-Schinn als Baculus. Samstag Premiere der Sindenith-Oper. Sonntag nachmittags halb 3 Uhr „Die Bajadere“, abends Gastspiel Schubert-Gesellschaft „Tannhäuser“.

Neue Bühne. Heute, Mittwoch, Verbandsvorstellung, Weidmanns „Mist“. Morgen, Donnerstag, Samstag und Sonntag abends „Die kleine Operette“; Sonntag nachmittags „Casinodas Sohn“. Freitag abends „Jungeberg“.

Inzerieren Sie im Sozialdemokrat !!

Sekretär

für eine wichtige Kanzlei der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik

wird gesucht.

Bewerber müssen perfekt stenographieren und tschechisch können, juristisch gebildete Genossen bevorzugt. Offerte mit Gehaltsansprüchen erbeten unter „K. S. 100“ an die Verwaltung des Blattes.

Druck- und Verlagsanstalt Gesellschaft m. b. H. Teplitz-Schönau,
Tischergasse 6, 1002

empfehlen sich den P. T. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Drucksorten: wie Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitteilungsblättern, Einladungen, Plakaten, Flugschriften, Fakturen, Briefpapieren etc. in solider und rascher Ausführung. Seilmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

MALLA'S Brauheringe,
Fischkonserven, Eicklinge.



zu beziehen durch die Großeinkaufsgesellschaft für Konsumverone eine in PRAG II, Fügárova nám. 4, 1278

Wir liefern alle Buchereien

sowie auch Ergänzungen solcher für Gemeinde und Schule, Gewerkschaften und andere Organisationen wunschgemäß zum Originalpreise der Verleger.

Buchhandlung Freiheit, Teplitz-Schönau
Theresingasse 18.



EIN JUNG-BRUNNEN
ist der aromatische, gehaltvolle



MARKE TECKANNE

und welche Freude erregen die künstlerischen Seidenbilder im Familienkreis, wo eifrig Handarbeiten für das Preisauschreiben angefertigt werden